



Allgemeine und berufliche Bildung sowie ganz allgemein lebenslanges Lernen spielen sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeiten, die die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Leben, Studium und Arbeit in anderen Ländern bietet, leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Verständnis, zur persönlichen Entwicklung und zur vollen Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der EU. Alljährlich nutzen weit über eine Million EU-Bürger jeden Alters die von der EU finanzierten Programme in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und aktive Staatsbürgerschaft.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ⁽¹⁾ wurde die Bedeutung dieser Bereiche folgendermaßen anerkannt: „Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten [...] erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt [...]. Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung durch, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten [...] unterstützt und ergänzt.“ In diesem Sinne verfolgt die Europäische Kommission eine Politik der Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, während sie gleichzeitig Programme wie das Programm für lebenslanges Lernen finanziert.

So wurde die politische Zusammenarbeit innerhalb der EU durch das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ gestärkt, in dem frühere Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich auf europäischer Ebene zusammengefasst werden. Als Folgemaßnahme für dieses Programm verabschiedete der Rat

(1) Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und Artikel 150 Absatz 1 (ABl. C 325 vom 24.12.2002, S. 33); weitere Informationen unter: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf.



im Mai 2009 den strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung ⁽²⁾. Folgende EU-Benchmarks wurden für 2010 festgelegt:

- Verringerung des Anteils der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen im Lesen um mindestens 20 %;
- Begrenzung der durchschnittlichen Quote der frühzeitigen Schulabgänger auf höchstens 10 %;
- Abschluss einer Sekundarschulbildung für 85 % der 22-Jährigen;
- Steigerung der Gesamtzahl der Hochschulabsolventen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik um mindestens 15 % bei gleichzeitiger Verringerung des Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern in diesen Fächern;
- Erhöhung der durchschnittlichen Beteiligung am lebenslangen Lernen auf mindestens 12,5 % der 25- bis 64-Jährigen.

Bis zum Jahr 2020 sollen folgende Benchmarks erreicht werden:

- Mindestens 95 % der Kinder ab vier Jahren bis zum gesetzlichen Einschulungsalter sollten an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen;
- der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sollte unter 15 % liegen;
- der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger sollte weniger als 10 % betragen;
- mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen sollten einen Hochschulabschluss besitzen;

- die durchschnittliche Beteiligung am lebenslangen Lernen der 25- bis 64-Jährigen sollte bei 15 % liegen.

Seit 2007 ist das Programm für lebenslanges Lernen das Vorzeigeprogramm der Europäischen Kommission im Bereich der allgemeinen und der beruflichen Bildung, das alle Bildungsmöglichkeiten von der Kindheit bis ins Alter abdeckt. Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 ist dieses Programm mit einem Budget von 7 Mrd. EUR ausgestattet. Damit werden Projekte unterstützt, die den Austausch, die Zusammenarbeit und die Mobilität zwischen den Systemen der allgemeinen und der beruflichen Bildung in der EU fördern. Es umfasst vier Teilprogramme, die auf die verschiedenen Stadien der Aus- und Weiterbildung abgestellt sind und für die mengenmäßige Ziele vorgegeben sind:

- Während der Laufzeit des Programms Comenius (Schulen) sollen mindestens 3 Millionen Schüler an gemeinsamen Bildungsaktivitäten teilnehmen;
- Erasmus (Hochschulen) soll ab Beginn des Programms insgesamt 3 Millionen Teilnehmer an Maßnahmen zur studentischen Mobilität umfassen;
- bis zum Ende der Laufzeit des Programms Leonardo da Vinci (berufliche Bildung und Ausbildung) soll die Zahl der Praktika in Unternehmen auf 80 000 pro Jahr ansteigen;
- mit Grundtvig soll bis 2013 die Mobilität von 7 000 an der Erwachsenenbildung beteiligten Personen pro Jahr unterstützt werden.

Um die Fortschritte auf dem Weg zu diesen bildungspolitischen Zielen messen zu können, benötigt man eine Rei-

⁽²⁾ Nähere Informationen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:119:0002:0010:DE:PDF>.



he vergleichbarer Statistiken über die Teilnahme an Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die Zahl von Absolventen und Lehrkräften, Fremdsprachenunterricht, Mobilität von Studierenden und Forschern, Bildungsausgaben sowie Daten über Bildungsabschlüsse und Erwachsenenbildung.

In der Bildungsstatistik werden viele Themen abgedeckt, darunter: Ausgaben, Personal, Beteiligungsquoten und Bildungsgrad. Die Normen für die internationale Bildungsstatistik werden von drei internationalen Organisationen festgelegt:

- dem Unesco-Institut für Statistik (UIS),
- der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und
- dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat).

Wichtigste Datenquelle ist der gemeinsame Fragebogen von Unesco/OECD/Eurostat (UOE) zur Bildungsstatistik, der den wesentlichen Elementen der Eurostat-Datenbank für die Bildungsstatistik zugrunde liegt. Eurostat erhebt außerdem Daten über regionale Bildungseteiligung und Fremdsprachenerwerb. Die Daten über Bildungsabschlüsse und Erwachsenenbildung stammen überwiegend aus Haushaltserhebungen, d. h. der EU-Arbeitskräfteerhebung (AKE), die demnächst durch eine Erhebung über Erwachsenenbildung ⁽³⁾ ergänzt werden wird, während die Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (CVTS) Informationen über die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen, den Umfang und die Kosten der Maßnahmen für die Unternehmen liefert.

4.1 Bildungsbeteiligung und Bildungsgrad junger Menschen

Einführung

Die Schule vermittelt jungen Menschen die grundlegenden Fähigkeiten und Kompetenzen, die sie für ihre persönliche Entwicklung benötigen. Die Qualität der Schulerfahrungen prägt aber nicht nur die Persönlichkeit eines Menschen, sondern beeinflusst auch seine Position in der Gesellschaft, seinen Bildungsstand und seine Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Qualität der Bildung, die einem Schüler zuteil wird, hängt unmittelbar mit der Unterrichtsqualität zusammen. Diese wiederum wird bestimmt durch die Anforderungen an die Lehrkräfte, ihre Ausbildung und die Aufgaben, die sie übernehmen müssen. In mehreren Mitgliedstaaten werden daher gegenwärtig die Lehrpläne für die Schulen überarbeitet und an die sich wandelnden Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft angepasst, und es wird darüber nachgedacht, wie die Ausbildung und die Beurteilung der Lehrer verbessert werden können.

Die demografische Entwicklung der letzten dreißig Jahre war geprägt von rückläufigen Geburtenraten, die dazu geführt haben, dass die EU-Bevölkerung altert und der Anteil der unter Dreißigjährigen in den meisten Mitgliedstaaten abnimmt. Diese Veränderungen können erhebliche Auswirkungen auf die personellen und materiellen Ressourcen haben, die für das reibungslose Funktionieren der Bildungssysteme benötigt werden – etwa die durchschnittliche Klassenstärke oder die Strategien für die Lehrereinstellung.

⁽³⁾ Nähere Informationen unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/product?code=KS-CC-05-005&mode=view>.



Die meisten Europäer bleiben weit über die gesetzliche Mindestschulzeit hinaus im Bildungssystem. Ein Grund hierfür kann die Entscheidung für ein Hochschulstudium sein, aber auch die gestiegene Zahl der Kinder, die Vorschuleinrichtungen besuchen, sowie eine stärkere Beteiligung an Aktivitäten des lebenslangen Lernens – wenn etwa Menschen in späteren Lebensphasen in das Bildungssystem zurückkehren, um eine andere Ausbildung zu absolvieren oder sich auf eine andere berufliche Laufbahn vorzubereiten.

Im Alter von 4 Jahren besucht bereits ein großer Teil der Kinder in der EU eine Vorschuleinrichtung. Die allgemeinen Ziele der Vorschulerziehung stellen sich in den Ländern recht ähnlich dar: Im Mittelpunkt stehen die Entwicklung der Kinder zur Selbständigkeit, die Förderung von Wohlbefinden und Selbstvertrauen sowie die Vorbereitung auf das Leben und Lernen in der Schule.

Die Schulpflicht beträgt in den meisten EU-Ländern im Durchschnitt 9 oder 10 Jahre: Am längsten ist sie in den Niederlanden, Ungarn und im Vereinigten Königreich. Der obligatorische Primarschulunterricht beginnt in den meisten Mitgliedstaaten für Kinder im Alter von 5 oder 6 Jahren, in einigen Ländern allerdings erst mit 7 Jahren⁽⁴⁾.

Während in allen Mitgliedstaaten mehr oder weniger die gleichen Unterrichtsfächer auf den Lehrplänen stehen, ist die Zeit, die den einzelnen Fächern gewidmet wird, sehr unterschiedlich. Erhebliche Unterschiede gibt es zudem im Hinblick darauf, ob die Lehrer selbst den Inhalt ihres Unterrichts gestalten

können oder einen genau vorgegebenen Lehrplan einhalten müssen. Die stärksten Abweichungen zwischen den Ländern betreffen zumeist den Umfang des Unterrichts in den Fächern Fremdsprachen, Informations- und Kommunikationstechnologie oder Religion. Dagegen wird in allen Ländern sehr viel Zeit für den Unterricht in den Fächern Muttersprache und Mathematik aufgewendet.

Gleichmäßiger auf die Fächer verteilt ist die Unterrichtszeit in der Regel im Pflichtsekundarbereich, wo mehr Gewicht auf Natur- und Sozialwissenschaften sowie auf Fremdsprachen gelegt wird. Die Schüler der einzelnen Länder werden während ihrer gesamten Pflichtschulzeit meist nach einem einheitlichen Lehrplan unterrichtet. Allerdings müssen die Eltern in Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich am Ende der Grundschulzeit einen Bildungsgang für ihr Kind wählen.

Das Programm Comenius befasst sich mit Entwicklungen in der Bildungs- und Schulpolitik und hat die folgenden Ziele:

- Verbesserung und Erhöhung der Mobilität von Schülern und Bildungspersonal,
- Verbesserung und Ausweitung der Partnerschaften zwischen Schulen in verschiedenen Mitgliedstaaten, so dass bis 2010 mindestens 3 Millionen Schüler an gemeinsamen Bildungsaktivitäten teilnehmen,
- Förderung des Erlernens von Fremdsprachen, von innovativen, IKT-gestützten Inhalten und Diensten und besseren Unterrichtsmethoden und -verfahren,

⁽⁴⁾ Nähere Informationen unter: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/compulsory_education/106EN.pdf.



- Verbesserung der Qualität der Lehrerausbildung und Ausbau ihrer europäischen Dimension;
- Verbesserung pädagogischer Konzepte und des Schulmanagements.

Die Mitgliedstaaten selbst haben noch weitere Benchmarks für die Verbesserung der allgemeinen Bildung gesetzt. Diese betreffen unter anderem die Lesekompetenz, Bildungsabschlüsse in mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, die Senkung der Schulabbrecherquote und den Abschluss der allgemeinbildenden Sekundarstufe.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die **Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED)** ist die Grundlage der internationalen Bildungsstatistik. Sie beschreibt verschiedene Bildungsebenen sowie Bildungs- und Ausbildungsfelder ⁽⁵⁾. In der derzeit geltenden Fassung, der ISCED 97, werden sieben Bildungsebenen unterschieden:

- ISCED-Ebene 0: **Elementarbereich** – definiert als Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.
- ISCED-Ebene 1: **Primarbereich** – das Eintrittsalter beträgt fünf bis sieben Jahre. Der Schulbesuch ist in allen Ländern Pflicht und dauert in der Regel vier bis sechs Jahre.
- ISCED-Ebene 2: **Sekundarbereich I** – setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort, ist aber in der Regel stärker fächerorientiert. Mit Abschluss dieses Bereichs endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.
- ISCED-Ebene 3: **Sekundarbereich II** – beginnt normalerweise am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt meist bei 15 oder 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist stärker fachlich spezialisiert, die übliche Dauer in diesem ISCED-Bereich liegt zwischen zwei und fünf Jahren.
- ISCED-Ebene 4: **Nicht-tertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich** – ist zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf die Ebene 5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.
- ISCED-Ebene 5: **Tertiäre Bildung (erste Stufe)** – Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss der ISCED-Ebenen 3 oder 4. Zu diesem Bereich zählen tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung, in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung, die in der Regel kürzer sind und auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt hinführen.
- ISCED-Ebene 6: **Tertiäre Bildung (zweite Stufe)** – führt zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion oder Habilitation).

Der Indikator **Bildungsbeteiligungsquote der Vierjährigen** gibt den Prozentsatz der Vierjährigen wieder, die erziehungsorientierte Vorschuleinrichtungen besuchen. Diese Einrichtungen bieten erziehungsori-

⁽⁵⁾ Nähere Informationen unter: http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm.



enterte Betreuung für kleine Kinder an. Sie sind verpflichtet, Fachkräfte mit pädagogischen Qualifikationen zu beschäftigen. Nicht eingeschlossen sind Kinderkrippen, Spielgruppen oder Tagesstätten, die von ihren Beschäftigten nicht unbedingt den Nachweis formaler pädagogischer Qualifikationen erwarten. Der Indikator der **18-Jährigen**, die noch eine Schule besuchen (alle ISCED-Ebenen), vermittelt eine Vorstellung von der Zahl der Jugendlichen, die weiterhin eine Verbesserung ihrer Fertigkeiten im Rahmen der Erstausbildung anstreben, und umfasst sowohl diejenigen, die einen regulären Bildungsweg ohne Verzögerung durchlaufen haben, als auch diejenigen, die ihren Bildungsweg fortsetzen, obwohl sie bereits einige Phasen wiederholen mussten. Der Indikator **Bildungserwartung** gibt an, wie viele Jahre ein Schulanfänger im Durchschnitt die Schule besuchen wird (berechnet durch Addition der auf ein Jahr bezogenen Beteiligungsquoten für alle Altersgruppen).

Die **Schüler/Lehrer-Raten** errechnen sich aus der in Vollzeitäquivalenten ausgedrückten Zahl der Schüler und Studierenden auf den jeweiligen Bildungsebenen, dividiert durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten auf derselben Ebene; alle Bildungseinrichtungen, öffentliche wie private, sind eingeschlossen. Die Schüler/Lehrer-Rate ist nicht identisch mit der durchschnittlichen Klassenstärke. Zwischen den von den einzelnen Lehrern erteilten Lehrstunden und den für die Schüler vorgeschriebenen Unterrichtsstunden kann ein Unterschied bestehen, mehrere Lehrer können gleichzeitig in einer Klasse unterrichten oder Sonderpädagogen können in Kleingruppen arbeiten oder Einzelunterricht erteilen.

Der Indikator **höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen** wird definiert als der Prozentsatz der Jugendlichen im Alter von 20 bis 24 Jahren, die mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen

haben, d. h. mindestens einen Bildungsabschluss der ISCED-Ebenen 3a, 3b oder 3c (Zähler) besitzen. Der Nenner besteht aus der Grundgesamtheit derselben Altersgruppe mit Ausnahme derjenigen, die nicht geantwortet haben.

Der Indikator **frühzeitige Schulabgänger** wird definiert als Prozentsatz der 18- bis 24-Jährigen, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I besitzen (ISCED-Ebenen 1, 2 oder 3c kurz) und nicht an einem Weiterbildungsprogramm teilnehmen (die Befragten haben in den vier Wochen vor der Erhebung nach eigenen Angaben nicht an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen). Der Nenner besteht aus der Grundgesamtheit derselben Altersgruppe mit Ausnahme derjenigen, die nicht geantwortet haben.

Wichtigste Ergebnisse

2007 waren etwa 93,2 Millionen Schüler und Studierende in Bildungseinrichtungen der EU-27 eingeschrieben. Den höchsten Anteil von Schülern und Studierenden am Gesamtwert der EU-27 verzeichnete Deutschland, wo 2007 14,3 Millionen Schüler und Studierende Bildungseinrichtungen besuchten; dies waren 1,6 Millionen mehr als im Vereinigten Königreich, dem Land mit der zweitgrößten Population von Schülern und Studierenden, und 2,0 Millionen mehr als in Frankreich.

Die Anteile der Schüler und Studierenden auf den einzelnen Bildungsebenen sind zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, insbesondere im Primarbereich und im Sekundarbereich I. Die Unterschiede sind bis zu einem gewissen Umfang durch die jeweilige demografische Struktur bedingt. Der hohe Anteil von Grundschulern in Luxemburg (47,1 % im Jahr 2007) spiegelt die Tatsache wider, dass es in diesem Land keinen gut entwi-



ckelten tertiären Bildungsbereich gibt. Am anderen Ende der Skala verzeichneten die baltischen Mitgliedstaaten, Griechenland, Finnland, Polen und Slowenien relativ hohe Anteile an Studierenden (rund ein Viertel oder mehr) in tertiären Bildungseinrichtungen.

In den vorstehenden Zahlen ist der Elementarbereich, also die Vorschulerziehung – 2007 besuchten 88,6 % aller Vierjährigen in der EU-27 eine Vorschule – nicht berücksichtigt. Die Beteiligung an der Vorschulerziehung schwankte zwischen 100 % in Frankreich und Schweden und weniger als 50 % in Irland und Polen.

Mehr als drei Viertel (76,8 %) aller 18-Jährigen in der EU-27 waren 2007 noch im Bildungssystem eingeschrieben. In fünf Mitgliedstaaten betrug dieser Anteil jedoch mehr als 90 %, während in Zypern und dem Vereinigten Königreich weniger als 50 % aller 18-Jährigen noch eine Bildungseinrichtung besuchten. Dabei ist zu beachten, dass diese Zahlen durch viele Faktoren beeinflusst werden können, etwa durch die Notwendigkeit, ins Ausland zu gehen, um (an einer Hochschule) studieren zu können, oder dadurch, dass Studierende, deren Leistungen am Ende eines Studienjahres als nicht zufriedenstellend eingestuft werden, normalerweise ein ganzes Jahr wiederholen müssen.

Ein verwandter Indikator ist die Bildungserwartung, da Mitgliedstaaten mit längerer Bildungserwartung im Allgemeinen einen höheren Anteil der 18-Jährigen, die noch im Bildungssystem eingeschrieben sind, aufweisen. Trotzdem wies Irland bei einer relativ durchschnittlichen Bildungserwartung den

zweithöchsten Anteil der 18-Jährigen im Bildungssystem auf, während es in Dänemark umgekehrt war, d. h. der Anteil der 18-Jährigen im Bildungssystem lag etwas über dem Durchschnitt und die Bildungserwartung an vierter Stelle.

Die Schüler/Lehrer-Raten im Primarbereich reichten 2007 von durchschnittlich weniger als 11 Schülern pro Lehrer in Griechenland, Italien, Litauen und Ungarn bis hin zu einer fast doppelt so hohen Rate in Frankreich und dem Vereinigten Königreich (beide mehr als 19 Schüler pro Lehrer). Zwischen 2002 und 2007 war in den meisten Mitgliedstaaten im Primarbereich ein allgemeiner Rückgang der durchschnittlichen Schülerzahl pro Lehrer zu beobachten.

Im Sekundarbereich war die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Lehrer im Allgemeinen geringer als im Primarbereich, mit einem Durchschnitt von weniger als zehn Schülern pro Lehrer in der Sekundarstufe II in Frankreich, Griechenland, Litauen, Luxemburg, Portugal und Spanien. Finnland, die Niederlande und Rumänien wiesen die höchste durchschnittliche Schülerzahl je Lehrer auf (alle mehr als 15 Schüler je Lehrer).

Die Daten über den Bildungsgrad zeigen, dass 2008 gut drei Viertel (78,5 %) der Bevölkerung der EU-27 im Alter von 20 bis 24 Jahren wenigstens die Sekundarstufe II abgeschlossen hatten; bei den Frauen erreichte dieser Anteil 81,4 %, 14,9 % der 18- bis 24-Jährigen (16,9 % der Männer und 12,9 % der Frauen) waren jedoch 2008 frühzeitige Schulabgänger, die höchstens einen Abschluss der Sekundarstufe I hatten.



Tabelle 4.1: Schüler und Studierende (ohne Vorschulerziehung) (1)

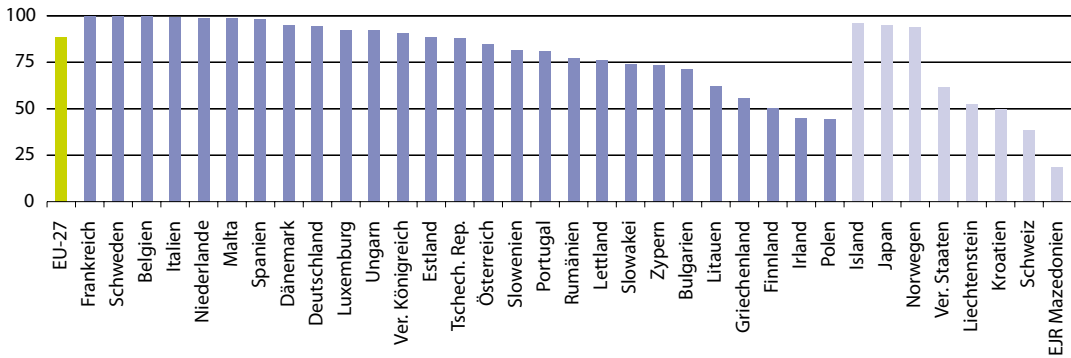
	Insgesamt (ISCED1-6) (in Tsd.)		Aufschlüsselung der Gesamtzahl der Schüler und Studenten (in %)							
			Primarbereich (ISCED 1)		Sekundarbereich I (ISCED 2)		Sekundarbereich II und nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich (ISCED 3-4)		Tertiäre Bildung (ISCED 5-6)	
			2002	2007	2002	2007	2002	2007	2002	2007
EU-27	97 266	93 247	30,2	30,4	24,6	23,9	27,5	25,3	17,6	20,3
Belgien	2 333	2 418	32,9	30,3	17,4	17,6	33,9	35,8	15,7	16,3
Bulgarien	1 275	1 175	27,4	22,8	28,1	23,9	26,5	31,3	17,9	22,0
Tschech. Rep.	1 935	1 856	31,2	24,9	26,5	24,7	27,6	30,8	14,7	19,5
Dänemark	1 046	1 155	39,7	36,0	20,3	20,9	21,3	23,0	18,7	20,1
Deutschland	14 511	14 251	23,2	23,2	39,2	35,9	22,2	24,3	14,9	16,0
Estland	304	268	35,7	28,3	21,6	19,9	22,7	26,1	20,0	25,6
Irland	992	1 054	44,9	45,1	18,0	16,5	19,3	20,3	17,8	18,1
Griechenland	1 975	1 964	32,7	32,5	17,7	17,6	22,7	19,2	26,8	30,7
Spanien	7 461	7 556	33,4	35,7	26,3	26,0	15,8	14,7	24,6	23,5
Frankreich	11 791	12 296	32,3	33,4	27,9	26,5	21,9	22,3	17,2	17,7
Italien	9 199	9 500	30,3	30,0	19,9	18,5	29,6	30,1	20,2	21,4
Zypern	142	146	45,0	39,6	23,1	22,2	22,0	22,9	9,8	15,2
Lettland	510	450	22,3	27,0	34,8	20,3	21,2	24,0	21,7	28,8
Litauen	797	760	24,8	18,9	42,2	38,5	14,3	16,2	18,7	26,3
Luxemburg	72	76	47,2	47,1	22,7	24,9	26,0	28,1	4,1	:
Ungarn	1 946	1 916	24,6	20,9	25,9	24,3	31,3	32,4	18,2	22,5
Malta	77	75	42,4	37,1	36,9	34,1	11,3	15,7	9,4	13,1
Niederlande	3 208	3 346	40,1	38,3	24,6	23,3	19,2	20,8	16,1	17,6
Österreich	1 422	1 457	27,2	23,8	27,3	26,6	29,8	31,6	15,7	17,9
Polen	9 153	8 416	33,9	29,5	19,1	18,4	26,1	26,6	20,8	25,5
Portugal	1 964	1 881	39,2	40,2	20,4	21,2	20,2	19,1	20,2	19,5
Rumänien	3 939	3 839	26,1	23,9	32,8	24,0	26,3	27,8	14,8	24,2
Slowenien	407	395	21,1	24,2	23,8	18,3	30,7	28,2	24,4	29,4
Slowakei	1 109	1 079	25,6	21,4	35,3	30,3	25,3	28,1	13,7	20,2
Finnland	1 179	1 251	33,4	29,2	16,3	16,2	26,3	29,9	24,1	24,7
Schweden	2 115	2 061	37,2	32,9	17,9	19,9	26,8	27,1	18,1	20,1
Ver. Königreich	16 407	12 607	27,6	35,0	14,2	17,6	44,5	28,6	13,7	18,7
Kroatien	:	728	:	26,2	:	28,2	:	26,4	:	19,2
EJR Mazedonien	385	369	31,5	27,4	32,6	30,6	24,3	26,2	11,6	15,8
Türkei	15 389	16 687	68,6	65,0	-	-	20,5	20,3	10,9	14,7
Island	77	85	41,0	35,4	16,5	16,2	27,5	29,8	15,1	18,6
Liechtenstein	:	6	:	35,6	:	27,1	:	25,1	:	10,7
Norwegen	1 005	1 079	42,7	39,9	16,7	17,5	21,0	22,7	19,6	19,9
Schweiz	1 294	1 350	41,5	37,8	21,6	22,1	23,1	23,4	13,1	15,8
Japan	19 956	18 885	36,7	38,2	20,1	19,2	22,0	20,2	19,9	21,4
Ver. Staaten	64 440	67 429	38,6	36,3	19,5	19,3	17,2	18,1	24,7	26,3

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00051 und educ_enr1t1)



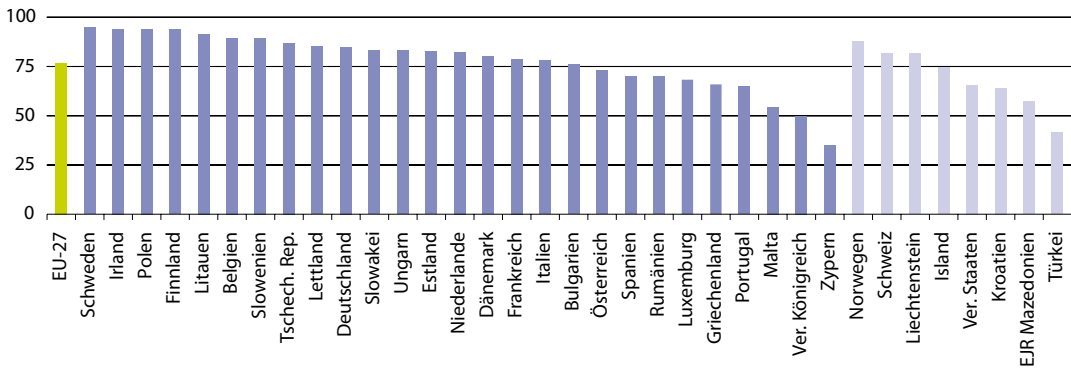
Abbildung 4.1: Bildungsbeteiligungsquote der Vierjährigen, 2007 ⁽¹⁾
(in % aller 4-Jährigen)



⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00053)

Abbildung 4.2: Bildungsbeteiligungsquote der 18-Jährigen, 2007 ⁽¹⁾
(in % aller 18-Jährigen)

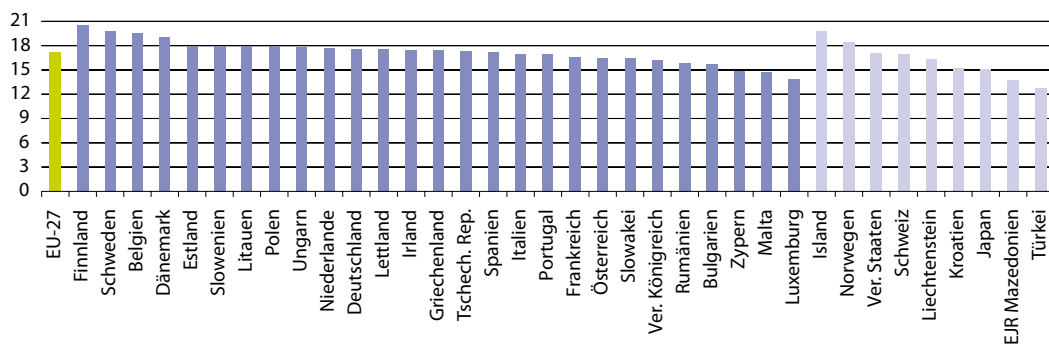


⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (tps00060)



Abbildung 4.3: Bildungserwartung, 2007 ⁽¹⁾
(Jahre)



⁽¹⁾ Die Bildungserwartung ist die erwartete Bildungsdauer (in Jahren) für die gesamte Lebenszeit und wird berechnet durch Addition der auf ein Jahr bezogenen Beteiligungsquoten für alle Altersgruppen.

Quelle: Eurostat (tps00052)



Tabelle 4.2: Schüler/Lehrer-Rate im Primarbereich und im Sekundarbereich I und II (¹)
(durchschnittliche Schülerzahl pro Lehrer)

	Primarbereich (ISCED 1)		Sekundarbereich I oder zweite Stufe der Grundbildung (ISCED 2)		Sekundarbereich II (ISCED 3)	
	2002	2007	2002	2007	2002	2007
Belgien	13,1	12,6	:	9,2	9,3	10,2
Bulgarien	16,8	16,0	12,8	12,1	11,7	11,6
Tschech. Rep.	18,9	18,7	14,4	12,3	12,5	12,3
Dänemark	10,9	11,2	:	:	14,2	:
Deutschland	18,9	18,3	15,7	15,2	13,6	14,3
Estland (²)	14,7	14,4	11,2	11,4	10,3	12,2
Irland	19,5	17,9	14,6	:	14,6	13,2
Griechenland	12,5	10,1	9,3	7,7	9,3	7,3
Spanien	14,6	13,6	13,7	11,7	8,3	7,7
Frankreich	19,4	19,7	13,7	14,3	10,6	9,6
Italien	10,6	10,5	9,9	9,4	10,3	10,8
Zypern	19,4	15,9	13,0	11,2	11,7	11,1
Lettland	16,9	11,4	13,5	9,9	12,7	11,2
Litauen	12,4	10,0	8,5	7,9	8,3	9,4
Luxemburg	11,6	11,2	9,0	:	9,0	9,0
Ungarn	10,8	10,2	10,7	10,2	13,1	12,1
Malta (³)	19,1	13,7	9,7	9,3	10,1	14,3
Niederlande	17,0	15,6	:	:	15,9	15,7
Österreich	14,4	13,6	9,8	10,3	10,3	11,0
Polen	12,8	11,0	14,1	12,4	13,7	12,2
Portugal	11,0	11,8	9,3	7,9	7,5	8,4
Rumänien	17,7	16,9	13,3	12,2	14,4	15,3
Slowenien	12,6	15,2	13,1	9,5	13,5	13,7
Slowakei	20,1	17,9	14,0	13,9	13,3	14,1
Finnland	15,8	15,0	10,6	9,9	16,0	15,9
Schweden	12,5	12,3	12,2	11,5	14,1	13,6
Ver. Königreich	19,9	19,4	17,6	16,7	21,6	11,2
Kroatien	:	17,3	:	12,6	:	11,6
EJR Mazedonien	21,2	18,4	16,6	13,6	18,5	16,3
Türkei	27,5	26,2	:	:	17,7	16,2
Island	11,4	10,4	:	:	10,6	10,2
Liechtenstein	:	9,6	:	6,9	:	8,6
Norwegen	:	11,0	10,9	10,2	9,0	9,8
Japan	20,3	19,0	16,2	14,8	13,7	12,5
Ver. Staaten	15,5	14,6	15,5	14,7	15,6	15,6

(¹) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(²) Daten für 2001 statt 2002.

(³) Daten für 2006 statt 2007.

Quelle: Eurostat (tps00054 und educ_iste)


Tabelle 4.3: Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen und frühzeitigen Schulabgänger ⁽¹⁾

	Bildungsgrad der Jugendlichen (in %)				Frühzeitige Schulabgänger (in %)			
	Insgesamt		Männer	Frauen	Insgesamt		Männer	Frauen
	2003	2008	2008	2008	2003	2008	2008	2008
EU-27 ⁽²⁾	76,9	78,5	75,7	81,4	16,6	14,9	16,9	12,9
Euroraum (ER)	73,4	75,5	72,1	79,1	18,5	16,8	19,1	13,9
Belgien ⁽³⁾	81,2	82,2	80,5	83,9	14,3	12,0	13,4	10,6
Bulgarien	76,3	83,7	84,0	83,4	21,9	14,8	14,1	15,5
Tschech. Rep. ⁽²⁾	92,1	91,6	91,0	92,2	6,5	5,6	5,8	5,4
Dänemark ⁽⁴⁾	76,2	71,0	63,6	78,6	10,4	11,5	13,7	9,2
Deutschland ⁽⁵⁾	72,5	74,1	71,9	76,4	12,8	11,8	12,4	11,2
Estland ⁽⁶⁾	81,5	82,2	76,0	88,3	12,9	14,0	19,8	8,2
Irland ⁽²⁾	85,1	87,4	83,9	91,0	13,1	11,3	14,6	8,0
Griechenland ⁽²⁾	81,7	82,1	78,0	86,6	16,0	14,8	18,5	10,9
Spanien ⁽⁷⁾	62,2	60,0	52,7	67,6	31,6	31,9	38,0	25,7
Frankreich ⁽⁸⁾	81,3	83,7	81,4	86,0	13,2	11,8	13,8	9,8
Italien ⁽³⁾	71,0	76,5	73,5	79,7	23,0	19,7	22,6	16,7
Zypern ⁽²⁾	79,5	85,1	80,1	89,5	17,3	13,7	19,0	9,5
Lettland	75,4	80,0	74,3	86,0	18,0	15,5	20,2	10,7
Litauen ^(3,9)	84,2	89,1	85,9	92,3	11,4	7,4	10,0	4,7
Luxemburg ^(6,8)	72,7	72,8	68,3	77,4	12,3	13,4	15,8	10,9
Ungarn ⁽⁸⁾	84,7	83,6	81,7	85,5	12,0	11,7	12,5	10,9
Malta ⁽⁸⁾	45,1	54,2	50,5	58,3	49,9	39,0	41,7	36,1
Niederlande ⁽²⁾	75,0	76,2	71,9	80,6	14,3	11,4	14,0	8,8
Österreich ⁽²⁾	84,2	84,5	84,2	84,8	9,0	10,1	10,4	9,8
Polen ⁽³⁾	90,3	91,3	89,3	93,3	6,0	5,0	6,1	3,9
Portugal ^(3,10)	47,9	54,3	47,1	61,9	41,2	35,4	41,9	28,6
Rumänien ⁽³⁾	75,0	78,3	77,9	78,6	22,5	15,9	15,9	16,0
Slowenien ^(2,11)	90,8	90,2	87,4	93,6	4,6	5,1	7,2	2,6
Slowakei ⁽²⁾	94,1	92,3	91,0	93,6	5,3	6,0	7,1	4,9
Finnland ⁽²⁾	85,3	86,2	84,6	87,6	10,1	9,8	12,1	7,7
Schweden ^(2,5,12)	85,8	87,9	86,2	89,7	9,2	11,1	12,3	9,9
Ver. Königreich ⁽²⁾	78,6	78,2	76,4	80,0	12,1	17,0	18,3	15,6
Kroatien ⁽¹³⁾	91,0	95,4	94,6	96,3	7,9	3,7	4,1	3,3
EJR Mazedonien	:	79,7	81,7	77,6	:	19,6	17,6	21,7
Türkei	44,2	47,8	56,4	40,9	53,0	46,6	38,5	53,7
Island ⁽²⁾	51,2	53,6	47,9	59,8	20,3	24,4	26,2	22,4
Norwegen ^(2,14)	93,7	70,0	65,4	74,7	6,3	17,0	21,0	12,9
Schweiz ⁽²⁾	77,5	82,6	81,4	83,8	9,7	7,7	7,8	7,5

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/lfsi_edu_a_esms.htm); frühzeitige Schulabgänger basierend auf dem Jahresdurchschnitt von Quartalsdaten, Extraktionsdatum: 20. November 2009. ⁽²⁾ Frühzeitige Schulabgänger, 2003: Bruch in der Reihe. ⁽³⁾ Frühzeitige Schulabgänger, 2004: Bruch in der Reihe. ⁽⁴⁾ 2003 und 2007: Brüche in der Reihe. ⁽⁵⁾ 2005: Bruch in der Reihe. ⁽⁶⁾ Frühzeitige Schulabgängerinnen: unzuverlässige oder unsichere Daten. ⁽⁷⁾ Frühzeitige Schulabgänger, 2005: Bruch in der Reihe. ⁽⁸⁾ 2003: Bruch in der Reihe. ⁽⁹⁾ Frühzeitige Schulabgänger und frühzeitige Schulabgängerinnen: unzuverlässige oder unsichere Daten. ⁽¹⁰⁾ Vorläufige Zahlen. ⁽¹¹⁾ Frühzeitige Schulabgänger (gesamt): unzuverlässige oder unsichere Daten. ⁽¹²⁾ 2008, vorläufige Zahlen; frühzeitige Schulabgänger (gesamt): Bruch in der Reihe, 2007. ⁽¹³⁾ Frühzeitige Schulabgänger (gesamt): unzuverlässige oder unsichere Daten für 2008. ⁽¹⁴⁾ 2006: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (tsiir110 und tsisc060)



4.2 Fremdsprachen

Einführung

Seit der letzten Erweiterung im Jahr 2007 sind in der EU 23 Sprachen als Amtssprachen anerkannt. Daneben gibt es regionale Sprachen, Minderheitensprachen und Migrantensprachen. Diese Sprachen werden überwiegend in der Schule gelernt, daneben wird aber auch an Universitäten, in Erwachsenenbildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz die Mehrsprachigkeit aktiv gefördert.

Seit mehreren Jahrzehnten müssen die meisten europäischen Kinder während ihrer Pflichtschulzeit mindestens eine Fremdsprache erlernen. Generell hat die für den Sprachunterricht aufgewendete Zeit in den vergangenen Jahren zugenommen. 2002 sprach der Europäische Rat von Barcelona die Empfehlung aus, jeder Schüler sollte mindestens zwei Fremdsprachen lernen und damit bereits in einem sehr frühen Alter beginnen. Diese Empfehlung wurde seither in unterschiedlichem Umfang umgesetzt, in der Regel im Pflichtsekundarbereich, indem entweder eine zweite Fremdsprache zum Pflichtfach gemacht oder dafür gesorgt wurde, dass den Schülern im Lehrplan die Möglichkeit zum Erlernen einer zweiten Fremdsprache angeboten wird.

Im September 2008 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung⁽⁶⁾ mit dem Titel: „Mehrsprachigkeit: Trumpfkarte Europas, aber auch gemeinsame Verpflichtung“, auf die im November 2008 eine Entschließung des Rates zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit⁽⁷⁾ folgte. In der Mittei-

lung wird auf Sprachen im allgemeineren Kontext des sozialen Zusammenhalts und des Wohlstands eingegangen, wobei der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Förderung des Fremdspracherwerbs und zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen liegt. Unter anderem werden folgende Bereiche untersucht:

- die Rolle der Sprachen bei der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses in einer multikulturellen Gesellschaft,
- die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen durch Sprachkenntnisse,
- mögliche Maßnahmen, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermutigen, neben ihrer Muttersprache zwei weitere Sprachen zu lernen,
- Rolle der Medien und neuen Technologien als Brücke zwischen den Sprechern verschiedener Sprachen.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Daten zur **Zahl der Fremdsprachen lernenden Schüler** werden zur entsprechenden Zahl der eingeschriebenen Schüler ins Verhältnis gesetzt; geistig Behinderte an Sonderschulen werden nicht berücksichtigt.

Die **durchschnittliche Zahl der erlernten Fremdsprachen pro Schüler** wird für verschiedene ISCED-Ebenen erhoben. Die Daten beziehen sich auf alle Schüler, auch wenn der Sprachunterricht auf der

⁽⁶⁾ Nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/education/languages/pdf/com/2008_0566_de.pdf.

⁽⁷⁾ Nähere Informationen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:320:0001:01:EN:HTML>.



jeweiligen ISCED-Ebene nicht in den ersten Unterrichtsjahren beginnt. Der Indikator wird definiert als die Summe der eine Fremdsprache erlernenden Schüler dividiert durch die Gesamtzahl der Schüler der betreffenden Bildungsebene. Jeder Schüler, der eine Fremdsprache lernt, wird einmal für jede von ihm erlernte Fremdsprache erfasst, d. h. Schüler, die mehrere Fremdsprachen lernen, werden auch mehrmals erfasst. Irisch, Luxemburgisch und Regionalsprachen werden nicht mitgezählt, in bestimmten Ländern können jedoch Sonderregelungen für Regionalsprachen gelten. Wird eine der Landessprachen in Schulen unterrichtet, wo sie nicht die Unterrichtssprache ist, so wird sie – von Ausnahmen abgesehen – nicht als Fremdsprache eingestuft.

Wichtigste Ergebnisse

In den Grundschulen überwiegt ganz deutlich der Anteil der Schüler, die Englisch als (Wahl-)Fremdsprache lernen. In einigen Ländern ist Englisch Pflichtfach in den Sekundarschulen, und in mehreren Mitgliedstaaten lag der Anteil der Schüler, die diese Sprache bereits in der Grundschule lernen, bei fast 100 %. Die höchsten Anteile Englisch lernender Grundschüler verzeichneten Griechenland, Spanien, Italien, Malta und Österreich, wo mehr als neun von zehn Kindern Englisch lernten. Die relative Bedeutung von Englisch als Fremdsprache könnte dadurch noch verstärkt werden, dass die Schüler im Allgemeinen mehr Unterricht in ihrer ersten

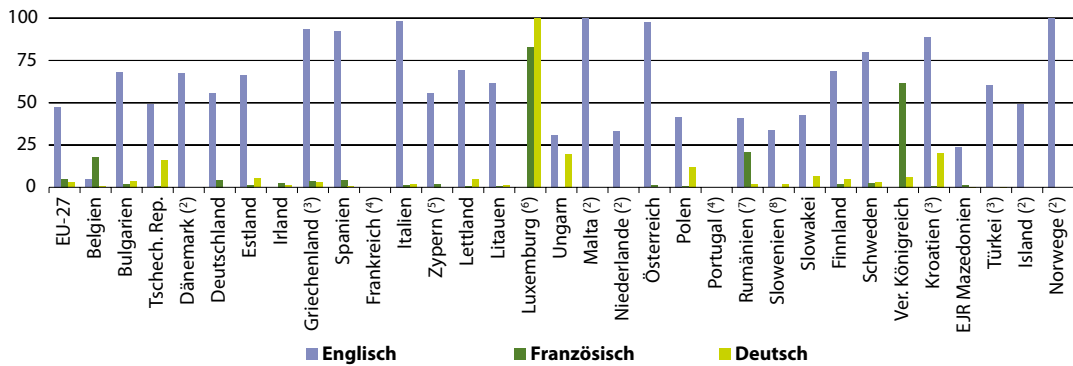
Fremdsprache erhalten als in weiteren Sprachen, die sie später noch dazulernen (wollen).

Die mittel- und osteuropäischen Länder, die seit 2004 der EU beigetreten sind, befinden sich im Hinblick auf den Fremdsprachenunterricht in einer besonderen Situation, denn in der Vergangenheit war Russisch für viele Schüler Pflichtfach. Dies hat sich schnell geändert, und heute haben die meisten Schüler mehr Wahlmöglichkeiten bei der/n Sprache/n, die sie lernen möchten; so hat sich beispielsweise auch in den meisten Ländern der Anteil der Englisch lernenden Schüler deutlich erhöht (und liegt oft bei mehr als 40 % aller Schüler, in einigen Fällen sogar bei mehr als 60 %). Luxemburg ist ebenfalls von besonderem Interesse, denn es hat drei Amtssprachen, und die meisten Schüler werden im Primarbereich in Luxemburgisch, Deutsch und Französisch unterrichtet, während Englisch als Fremdsprache in der Sekundarstufe hinzukommt.

In der Sekundarstufe II (ISCED-Ebene 3) lernten im Jahr 2007 83,5 % aller Schüler in der EU-27 Englisch, etwa ein Fünftel dagegen Französisch (21,8 %) oder Deutsch (22,5 %). Luxemburg und die Niederlande stachen als die beiden Länder mit den höchsten Anteilen von Schülern der Sekundarstufe (ISCED-Ebenen 2 oder 3), die drei oder mehr Sprachen lernten (2007), hervor; dabei ist zu beachten, dass der Indikator neben Deutsch, Englisch und Französisch auch andere Fremdsprachen umfasst.



Abbildung 4.4: Anteil der Fremdsprachen lernenden Schüler im Primarbereich, nach Sprachen, 2007 ⁽¹⁾ (in %)



⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

⁽²⁾ Französisch und Deutsch: nicht verfügbar.

⁽³⁾ 2006.

⁽⁴⁾ Englisch und Deutsch: nicht verfügbar.

⁽⁵⁾ Deutsch: nicht verfügbar.

⁽⁶⁾ Englisch: nicht verfügbar.

⁽⁷⁾ Deutsch, 2006.

⁽⁸⁾ Französisch: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat ([educ_ilang](#)), Unesco, OECD.



Tabelle 4.4: Erlernte Fremdsprachen je Schüler, Sekundarbereich (¹)
(in %)

	Prozentualer Anteil der Schüler der ISCED-Stufen 2 und 3, die drei oder mehr Fremdsprachen lernen		Sekundarstufe I und II (ISCED 3)					
			Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Englisch lernen		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Französisch lernen		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Deutsch lernen	
	2002	2007	2002	2007	2002	2007	2002	2007
EU-27	4,7	2,8	69,7	83,5	17,7	21,8	17,7	22,5
Belgien	15,2	14,5	94,1	94,1	47,7	48,1	30,1	28,5
Bulgarien	0,7	0,5	80,8	86,2	18,7	15,0	39,3	38,5
Tschech. Rep.	:	1,0	98,9	100,0	17,3	24,5	73,5	65,8
Dänemark	:	2,3	94,2	91,8	23,6	10,7	71,8	35,6
Deutschland	:	:	90,9	91,0	27,1	27,4	-	-
Estland	28,6	18,9	91,2	95,0	4,7	6,7	45,6	41,6
Irland	0,3	0,3	-	-	65,7	59,6	18,7	18,3
Griechenland (²)	:	:	95,2	94,0	10,3	8,6	2,1	2,9
Spanien	0,0	0,2	95,9	95,3	27,7	27,7	1,1	1,1
Frankreich	3,4	:	99,4	99,4	-	-	30,5	21,8
Italien	3,1	2,1	85,9	95,3	27,2	20,5	8,2	7,2
Zypern	:	:	100,0	78,5	60,4	32,2	1,0	2,4
Lettland	3,8	4,6	89,3	96,0	3,1	4,1	48,1	32,2
Litauen	1,5	0,8	76,5	85,1	6,8	4,9	35,1	25,4
Luxemburg	60,7	61,9	96,3	96,5	96,3	96,5	96,3	96,5
Ungarn	:	0,2	57,6	76,4	6,3	6,5	49,3	50,1
Malta	13,4	20,0	78,5	70,2	8,3	9,6	0,8	2,2
Niederlande (³)	20,4	56,7	99,9	100,0	22,7	70,3	23,3	86,3
Österreich	2,1	2,4	96,9	96,9	42,8	54,1	-	-
Polen	:	0,7	90,6	91,2	14,1	9,8	61,5	62,7
Portugal (²)	:	:	:	50,7	:	15,1	:	1,6
Rumänien (⁴)	:	1,1	87,8	95,9	85,1	83,0	10,7	11,6
Slowenien	2,2	3,2	98,2	98,3	9,1	10,8	83,0	76,0
Slowakei	0,1	0,7	96,0	97,9	12,4	16,0	78,2	71,2
Finnland	44,4	34,6	99,7	99,3	21,9	19,3	41,5	33,2
Schweden	4,5	3,3	99,8	99,9	25,8	21,1	48,9	29,6
Ver. Königreich	:	:	-	-	:	32,0	:	11,7
Kroatien (²)	:	1,2	:	98,3	:	3,4	:	65,6
Türkei (²)	:	-	:	67,3	:	0,7	:	6,5
Island (²)	15,8	19,7	66,2	76,1	14,7	17,1	32,1	30,7
Norwegen (²)	:	:	:	100,0	:	20,3	:	31,3

(¹) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

(²) Daten für 2006 statt 2007.

(³) Anteil der Schüler, die drei oder mehr Sprachen lernen: Bruch in der Reihe, 2004.

(⁴) Schüler, die Deutsch lernen: 2006 statt 2007.

Quelle: Eurostat ([educ_thfrlan](#), [tps00057](#), [tps00058](#) und [tps00059](#)), Unesco, OECD.



4.3 Bildungsausgaben

Einführung

Bildungsausgaben sind Investitionen, die dazu beitragen können, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die Produktivität zu steigern, die persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und soziale Ungleichheiten abzubauen. Welcher Anteil der finanziellen Gesamtressourcen für Bildung ausgegeben wird, gehört in allen Ländern zu den Grundsatzentscheidungen von Regierungen, Unternehmen, einzelnen Studierenden und ihren Familien.

In vielen Mitgliedstaaten wird gegenwärtig darüber diskutiert, wie die Finanzierung des Bildungswesens angehoben, seine Effizienz verbessert und seine Gerechtigkeit gefördert werden kann. Mögliche Ansätze sind u. a. die Einführung von Studien-, Verwaltungs- oder Prüfungsgebühren, von Zuschüssen oder von einkommensgebundenen Darlehen als Versuch, die Immatrikulationsquoten an den Hochschulen zu steigern (insbesondere unter den weniger Wohlhabenden) sowie die Mobilisierung von Mitteln durch die Förderung von Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen.

Auf das Bildungswesen entfällt in allen Mitgliedstaaten ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Ausgaben – der größte Posten sind dabei die Personalausgaben. Je höher die Ebene des Bildungssystems, desto höher sind auch die Kosten des Unterrichts: Die Ausgaben pro Studierenden an den Universitäten etwa sind wesentlich höher als die Ausgaben pro Schüler an den Grundschulen. Zwar sind die Bildungskosten pro Kopf im Tertiärbereich höher, der größte Anteil der Gesamtbildungsausgaben entfällt indessen auf den Sekundarbereich, da hier der Anteil an der Gesamtzahl der Schüler/Studierenden höher ist.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Indikatoren für Bildungsausgaben umfassen Schulen, Hochschulen und sonstige öffentliche und private Einrichtungen, die Bildungsleistungen anbieten oder unterstützen. Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen beschränken sich dabei nicht auf Unterrichtsleistungen, sondern beinhalten auch öffentliche und private Ausgaben für Nebenleistungen für Schüler und Studierende und ihre Familien, soweit diese Leistungen über Bildungseinrichtungen erbracht werden. Im Tertiärbereich können auch umfangreiche Ausgaben für Forschung und Entwicklung anfallen, die ebenfalls einbezogen sind, wenn die Forschung von Bildungseinrichtungen durchgeführt wird.

Die **öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung** umfassen die direkte öffentliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen und Transfers an private Haushalte und Unternehmen. Im Allgemeinen finanziert der öffentliche Sektor Bildungsausgaben durch direkte Übernahme der laufenden Aufwendungen und Investitionsausgaben von Schulen (direkte öffentliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen) oder durch finanzielle Unterstützung von Schülern/Studierenden und ihren Familien durch Stipendien und Darlehen des öffentlichen Sektors. Darüber hinaus kann der öffentliche Sektor die Aus- oder Weiterbildungstätigkeiten von privaten Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbszweck finanziell unterstützen (Transfers an private Haushalte und Unternehmen).

Zu den **aus privaten Quellen stammenden Ausgaben für Bildungseinrichtungen** gehören Schulgebühren, Lehrmittel (wie Schulbücher und Unterrichtsmaterial), Schülertransport (falls von der Schule organisiert), Verpflegung (falls von der Schule gestellt), Unterkunftskosten und Ausgaben der Arbeitgeber für die berufliche Erstausbildung.



Öffentliche Schulen/Bildungseinrichtungen werden direkt oder indirekt von einer öffentlichen Bildungsbehörde verwaltet. **Private Schulen/Bildungseinrichtungen** werden direkt oder indirekt von einer Nichtregierungsorganisation (z. B. Kirche, Gewerkschaft, Privatunternehmen oder sonstige Einrichtung) verwaltet; sie gelten als unabhängig, wenn weniger als 50 % ihrer Finanzierungsmittel aus dem öffentlichen Sektor (Gemeinden, Länder oder Staat) stammen. Anhand der **Ausgaben pro Schüler/Studierenden in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen** lässt sich messen, wie viel Staat, Länder, Gemeinden, private Haushalte, religiöse Einrichtungen und Unternehmen pro Schüler/Studierenden ausgeben. Dies beinhaltet Personalausgaben sowie sonstige laufende Aufwendungen und Investitionsausgaben.

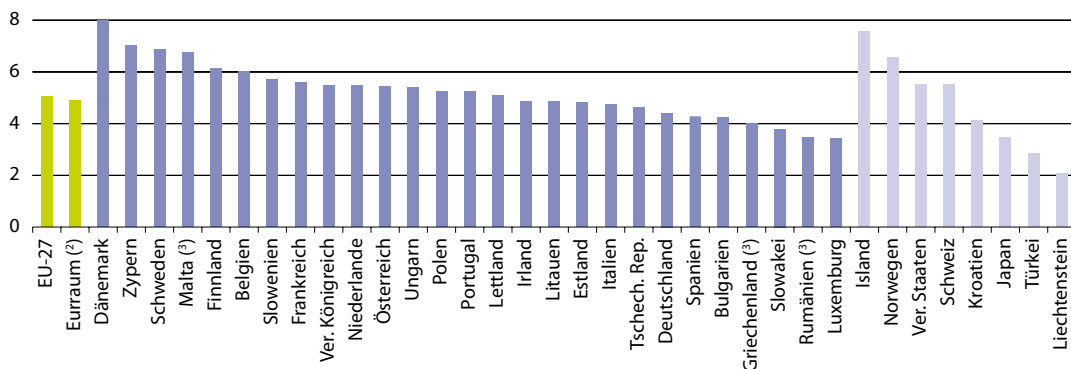
Wichtigste Ergebnisse

Die öffentlichen Bildungsausgaben in der EU-27 beliefen sich 2006 auf 5,1 % des BIP, während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen aus öffentlichen und privaten Quellen zusammen 5,7 % des BIP entsprachen.

Am höchsten waren die öffentlichen Bildungsausgaben in Dänemark (8,0 % des BIP), aber auch in Zypern (7,0 %), Schweden (6,9 %) und Malta (6,8 %) waren die Raten vergleichsweise hoch. Die meisten Mitgliedstaaten meldeten öffentliche Bildungsausgaben von 4 bis 6 % ihres BIP. In der Slowakei und Rumänien betrug der Anteil dieser Ausgaben jedoch weniger als 4 %. In einigen Mitgliedstaaten haben die Bildungsausgaben in den letzten zehn Jahren erheblich zugenommen, was jedoch unter Umständen nicht zu erkennen ist, da auch das BIP anstieg. Zudem führen rückläufige Geburtenraten zu einer Abnahme der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter, was sich wiederum auf Verhältniszahlen wie die durchschnittlichen Ausgaben je Schüler auswirkt (wenn von gleichbleibenden Ausgaben ausgegangen wird).

Die jährlichen Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierenden zeigen, dass 2006 in der EU-27 im Durchschnitt 6003 KKS pro Schüler/Studierenden ausgegeben wurden, wobei der Durchschnitt in Dänemark etwa zehnmal höher war als in Rumänien (2005).

Abbildung 4.5: Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung, 2006 ⁽¹⁾
(in % des BIP)



⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/tsiir010_esms.htm).

⁽²⁾ ER-15 statt ER-16.

⁽³⁾ 2005.

Source: Eurostat (tsiir010)

Tabelle 4.5: Ausgaben für Bildungseinrichtungen ⁽¹⁾

	Öffentliche Ausgaben (in % des BIP)		Private Ausgaben (in % des BIP)		Jährliche Ausgaben für öffentliche u. private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student (KKS für Vollzeitäquivalente)	
	2001	2006	2001	2006	2001	2006
EU-27	4,99	5,05	0,60	0,67	5 081	6 003
Euroraum (ER) ⁽²⁾	4,98	4,89	0,60	0,55	5 665	6 459
Belgien	6,00	6,00	0,44	0,34	6 322	7 013
Bulgarien	3,78	4,24	0,70	0,65	1 326	2 139
Tschech. Rep.	4,09	4,61	0,40	0,56	2 787	4 442
Dänemark	8,44	7,98	0,27	0,59	7 306	14 308
Deutschland	4,49	4,41	0,96	0,71	5 815	6 481
Estland	5,28	4,80	:	0,34	:	3 217
Irland	4,27	4,86	0,34	0,28	4 637	6 740
Griechenland ⁽³⁾	3,50	4,00	0,21	0,25	3 238	4 485
Spanien	4,23	4,28	0,57	0,52	4 527	6 141
Frankreich	5,94	5,58	0,56	0,54	5 931	6 510
Italien	4,86	4,73	0,31	0,38	6 385	6 465
Zypern	5,93	7,02	1,24	1,21	4 953	7 101
Lettland	5,64	5,07	0,75	0,66	1 995	3 126
Litauen	5,89	4,84	:	0,46	1 860	2 761
Luxemburg	3,74	3,41	:	:	:	:
Ungarn	5,01	5,41	0,55	0,54	:	4 008
Malta ⁽⁴⁾	4,46	6,76	0,85	0,38	3 307	5 914
Niederlande	5,06	5,46	0,84	0,88	6 266	7 477
Österreich	5,79	5,44	0,32	0,59	7 002	8 583
Polen	5,42	5,25	:	0,54	2 184	3 062
Portugal	5,61	5,25	0,08	0,44	4 037	5 007
Rumänien ⁽³⁾	3,25	3,48	0,21	0,40	:	1 438
Slowenien	5,89	5,72	0,82	0,78	4 648	6 323
Slowakei	4,00	3,79	0,11	0,62	1 846	2 940
Finnland	6,04	6,14	0,12	0,15	5 286	6 389
Schweden	7,12	6,85	0,20	0,17	6 096	7 411
Ver. Königreich	4,57	5,48	0,82	1,44	5 152	7 937
Kroatien	:	4,11	:	0,38	:	:
Türkei	2,71	2,86	0,03	:	:	:
Island	6,24	7,55	0,53	0,81	6 713	7 966
Liechtenstein	:	2,06	:	:	:	7 677
Norwegen	7,18	6,55	0,25	:	8 153	9 290
Schweiz	5,42	5,50	0,67	0,56	:	:
Japan	3,63	3,47	1,18	1,66	6 160	7 421
Ver. Staaten	5,63	5,51	2,26	2,39	9 212	11 085

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

⁽²⁾ ER-15 statt ER-16.

⁽³⁾ Daten für 2005 statt 2006.

⁽⁴⁾ Daten für 2005 statt 2006. 2005: Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Eurostat ([educ_fgdp](#), [tps00068](#) und [tps00067](#)), Unesco, OECD.



4.4 Tertiäre Bildung

Einführung

Die höhere Bildung spielt eine zentrale Rolle für die Entwicklung des Menschen und der modernen Gesellschaft, indem sie für eine Verbesserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, des aktiven Bürgersinns und der ethischen Werte sorgt. In der EU gibt es rund 18 Millionen Studierende und rund 1,3 Millionen Mitarbeiter im Tertiärbereich; einige der europäischen Universitäten gehören zu den renommiertesten der Welt.

Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer überarbeiteten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ein Modernisierungsprogramm für Universitäten veröffentlicht. Die wichtigsten Reformbereiche:

- **Lehrplanreform:** System aus drei Bildungszyklen (Bachelor, Master, Promotion), kompetenzbasiertes Lernen, flexible Lernangebote, Anerkennung von Qualifikationen, Mobilität;
- **Verwaltungsreform:** Autonomie der Hochschulen, strategische Partnerschaften, u. a. mit Unternehmen, Qualitätssicherung;
- **Finanzreform:** diversifizierte Einkommensquellen für Universitäten mit stärkerer Kopplung an Leistungen, Förderung von Gerechtigkeit, Zugangsmöglichkeiten und Effizienz, eventuell durch Studiengebühren, Stipendien und Darlehen.

Lehrplanreformen werden auch durch den Bologna-Prozess ⁽⁸⁾ gefördert. Darin ist vorgesehen, dass bis 2010 ein europäischer Raum für Hochschulbildung entstehen soll, in dem die Mobilität der Studierenden sowie die Transparenz und Anerkennung der Qualifikationen

erleichtert werden, während gleichzeitig eine europäische Dimension in der Hochschulbildung gefördert und die Attraktivität europäischer Bildungseinrichtungen für Studierende aus Drittländern gesteigert wird. Diese Initiative umfasst inzwischen 46 europäische Länder.

Das Programm Erasmus zählt zu den bekanntesten politischen Programmen Europas. Rund 90% der europäischen Universitäten wirken an Erasmus mit, und seit dem Start 1987 haben bereits rund 2 Millionen Studierende an Austauschprogrammen teilgenommen. 2007 wurde Erasmus Teil des Programms für lebenslanges Lernen der EU. Dabei wurde es ausgeweitet und deckt nun auch Unternehmenspraktika für Studierende, Fortbildungsmaßnahmen für Hochschulmitarbeiter sowie die Lehrtätigkeit von Personen aus der Privatwirtschaft ab. In den kommenden Jahren sollen die Mobilitätsmaßnahmen des Programms weiter ausgedehnt werden, und die Zahl der Erasmus-Studierenden soll bis 2012 auf 3 Millionen steigen.

Zu den jüngsten politischen Initiativen in diesem Bereich gehören Bestrebungen, Verbindungen zwischen Universitäten und Unternehmen aufzubauen. Im April 2009 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Eine neue Partnerschaft zur Modernisierung der Hochschulen: EU-Forum für den Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft“ ⁽⁹⁾ vor. Die Mitteilung enthält Vorschläge zur Einrichtung eines Forums Hochschulen/Wirtschaft als europäische Plattform für den Dialog, zur Ermöglichung und Förderung des Austauschs bewährter Verfahren, zur Erörterung gemeinsamer Probleme und zur Zusam-

⁽⁸⁾ Nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/education/policies/educ/bologna/bologna_en.html.

⁽⁹⁾ Nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc1261_en.htm.



menarbeit bei der Suche nach möglichen Lösungen.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Für die Definition der Bildungsebenen wird die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) herangezogen. Die **tertiäre Bildung** umfasst sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge, die den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen oder zu Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen eröffnen sollen, als auch Bildungsgänge auf der gleichen Qualifikationsebene, die jedoch stärker berufsorientiert sind und auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.

Die **Mobilität von Studierenden und Lehrkräften** wird als wichtiges Instrument zur Steigerung von Innovation, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Früher verfügten die Länder nur selten über detaillierte Angaben zur Zahl ihrer Studierenden an ausländischen Hochschulen. Entsprechende Statistiken wurden in der Regel erstellt, indem die in den Gastländern ermittelten Studierendenzahlen addiert wurden. Diese Methode hat allerdings einen Nachteil: Da es an Informationen über die Verteilung der Studierenden nach Nationalitäten fehlt, dürfte zu einer Unterschätzung der Zahlen kommen (so kann beispielsweise die Zahl der im Ausland Studierenden erfasst werden, indem die an einem bestimmten Tag eingeschriebenen Studierenden gezählt werden; die tatsächliche Zahl der ausländischen Studierenden könnte jedoch höher sein, da viele Studierende nur wenige Monate im Ausland bleiben). Die Zahl der ausländischen Studierenden kann definiert werden als alle Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit – dies bedeutet allerdings, dass auch dauerhaft im Land lebende ausländische Staatsangehörige im Zähler enthalten sind, obwohl sie nicht zum Studieren in ein

anderes Land gegangen sind. Die Statistiken über die Studentenmobilität beruhen auf der **tatsächlichen Zahl ausländischer Studierender im Gastland** und umfassen keine dauerhaft dort wohnenden ausländischen Staatsangehörigen.

Wichtigste Ergebnisse

2007 waren in der EU-27 18,9 Millionen Studierende an den Hochschulen eingeschrieben. Fünf Mitgliedstaaten – Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und Vereinigtes Königreich – verzeichneten 2007 mehr als 2 Millionen Studierende an Hochschulen; auf diese Länder sowie Spanien entfielen etwas mehr als zwei Drittel aller Studierenden an Hochschulen in der EU-27. Das Medianalter der Studierenden im Tertiärbereich liegt zwischen 20,6 Jahren in Belgien und Frankreich und 22,7 in Lettland; in fünf Ländern – Dänemark, Deutschland, Finnland, Österreich und Schweden – liegt es noch über dieser Spanne. Das Alter der Studierenden im Tertiärbereich kann von einer Reihe von Faktoren beeinflusst werden: durch die freiwillige (z. B. um eine Auszeit zu nehmen oder ein Übergangsjahr zwischen sekundärer und tertiärer Bildung einzuschieben) oder unfreiwillige (z. B. wegen des Militärdienstes) Verzögerung des Beginns der Hochschulbildung; durch die Dauer der Studiengänge; durch die Zahl der Menschen, die in späteren Lebensphasen in die tertiäre Bildung zurückkehren.

2008 wies knapp ein Viertel der 25- bis 64-Jährigen in der EU-27 eine tertiäre Bildung auf; in Dänemark Estland, Finnland und Zypern lag dieser Anteil bei mehr als einem Drittel. Dagegen verfügten in Italien, Malta, Portugal, Rumänien, der Slowakei und der Tschechischen Republik weniger als 15% der Bevölkerung dieser Altersgruppe über einen tertiären Bildungsabschluss.

Rund 41 Millionen Studierende schlossen 2007 in der EU ihre Hochschulbildung ab.



Eine Untersuchung der Absolventenzahlen nach Fachgebieten zeigt, dass 35,0% Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften studiert hatten; dieser Anteil war höher als der entsprechende Anteil (33,9%) derer, die diese Fächer noch studierten, was vermuten lässt, dass in letzter Zeit weniger Studierende sich für diese Fachgebiete eingeschrieben hatten oder dass die Zahl der Studienabbrecher höher war als in anderen Fachbereichen. Ähnliches war in den Bereichen Gesundheit und soziale Dienste festzustellen, auf die 14,8% der Absolventen aus 12,6% der Population der Studierenden entfielen. Die umgekehrte Situation war bei den Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen sowie bei den agrar- und

veterinärwissenschaftlichen Fächern zu beobachten, wo der Anteil der Absolventen niedriger war als der entsprechende Anteil der aktuellen Population der Studierenden.

Die Zahl der Absolventinnen überstieg die Zahl der Absolventen im Verhältnis von etwa drei zu zwei. In den Fachgebieten Gesundheit und soziale Dienste betrug dieses Verhältnis drei zu eins. In den agrar- und veterinärwissenschaftlichen Fächern lag die Zahl der Absolventen leicht über der der Absolventinnen; in den Fächern Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik war dieser Abstand bereits ausgeprägter und in Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen betrug das Verhältnis Absolventen – Absolventinnen nahezu drei zu eins.

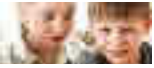
Tabelle 4.6: Studierende im Tertiärbereich, 2007 ⁽¹⁾

	Gesamtzahl der Studierenden an Hochschulen (in Tsd.)	davon in den Studienfächern (in%)						
		Geisteswissensch. u. Kunst	Sozial-, Rechts- u. Wirtschaftswissensch.	Naturwissensch., Math. u. Informatik	Ingenieurwesen, Fertigung u. Bauwesen	Agrar- u. Veterinärwissensch.	Gesundheit u. soziale Dienste	Dienstleist.
EU-27	18877	13,1	33,9	10,5	14,0	1,9	12,6	4,1
Belgien	394	10,9	29,5	6,5	9,5	2,5	19,4	1,9
Bulgarien	259	7,9	44,0	5,1	19,7	2,5	6,2	8,0
Tschech. Rep.	363	8,7	28,6	8,7	14,2	3,7	11,9	4,1
Dänemark	232	15,3	29,0	8,7	10,1	1,5	22,0	2,2
Deutschland	2 279	15,5	27,4	15,3	15,5	1,5	14,5	3,1
Estland	69	11,4	39,8	9,9	13,1	2,4	8,3	8,1
Irland	190	14,7	22,0	11,0	10,3	1,2	13,1	4,9
Griechenland	603	13,5	31,8	13,6	17,0	5,8	9,6	3,1
Spanien	1 777	10,3	31,6	10,5	17,6	2,0	11,7	5,6
Frankreich	2 180	16,0	35,6	12,4	12,8	1,1	15,1	3,4
Italien	2 034	15,3	35,6	7,9	15,6	2,3	12,9	2,7
Zypern	22	9,5	49,9	11,9	6,8	0,1	6,1	6,1
Lettland	129	7,2	53,7	5,1	10,4	1,1	6,3	5,6
Litauen	200	7,1	42,8	5,9	18,2	2,2	8,4	3,1
Luxemburg ⁽²⁾	3	8,2	45,2	8,4	15,0	0,0	0,4	0,0
Ungarn	432	8,6	40,6	6,9	11,5	2,7	8,8	9,1
Malta	10	16,2	35,4	10,3	7,9	0,1	17,6	1,9
Niederlande	583	8,5	37,5	6,5	8,1	1,2	16,9	6,2
Österreich	261	15,4	36,5	12,0	12,7	1,1	7,9	1,8
Polen	2 147	10,2	40,3	9,5	12,6	2,2	6,1	5,6
Portugal	367	8,5	32,0	7,3	22,3	1,9	16,5	5,7
Rumänien	928	9,9	51,0	6,2	17,2	2,7	5,6	4,3
Slowenien	116	7,8	41,7	5,6	16,7	3,2	7,2	9,5
Slowakei	218	6,2	29,4	8,9	15,7	2,6	16,2	5,5
Finnland	309	14,6	22,7	11,2	25,4	2,2	13,7	4,9
Schweden	414	12,5	26,3	9,4	16,1	0,9	17,7	2,0
Ver. Königreich	2 363	17,1	26,9	13,4	8,4	0,9	16,0	3,1
Kroatien	140	9,7	41,7	7,7	15,7	3,8	7,0	10,2
EJR Mazedonien	58	11,2	38,0	9,4	14,8	3,2	9,0	4,3
Türkei	2 454	6,2	48,7	7,5	13,1	3,7	5,6	3,8
Island	16	14,6	38,5	7,9	7,7	0,6	12,7	1,5
Liechtenstein	1	0,7	74,3	0,0	22,9	0,0	2,1	0,0
Norwegen	215	11,6	32,3	8,8	7,0	0,8	19,8	4,0
Schweiz	213	12,7	37,0	10,5	13,2	1,1	11,0	3,5
Japan	4 033	15,7	29,1	2,9	15,8	2,2	12,5	5,7
Ver. Staaten	17 759	10,6	27,3	8,9	6,7	0,6	13,9	5,1

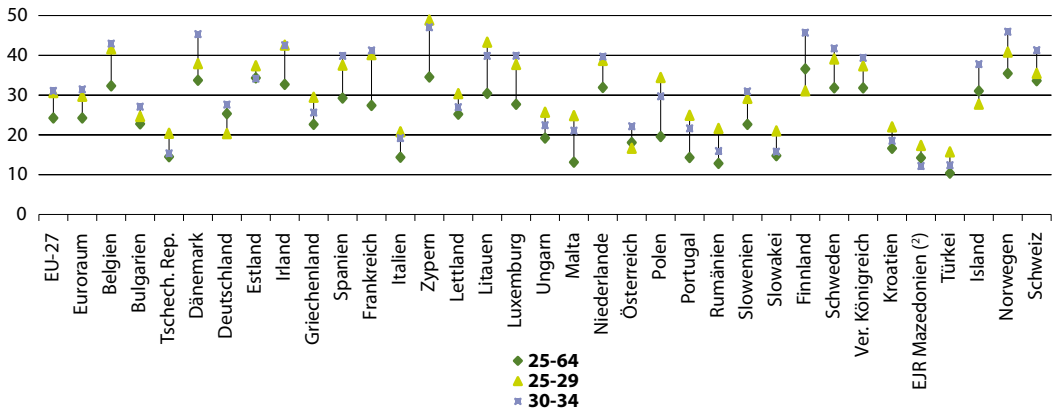
⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

⁽²⁾ 2006.

Quelle: Eurostat (tps00062 und educ_enr15)


Abbildung 4.6: Anteil der Bevölkerung mit Hochschulabschluss, 2008 ⁽¹⁾

(in %)

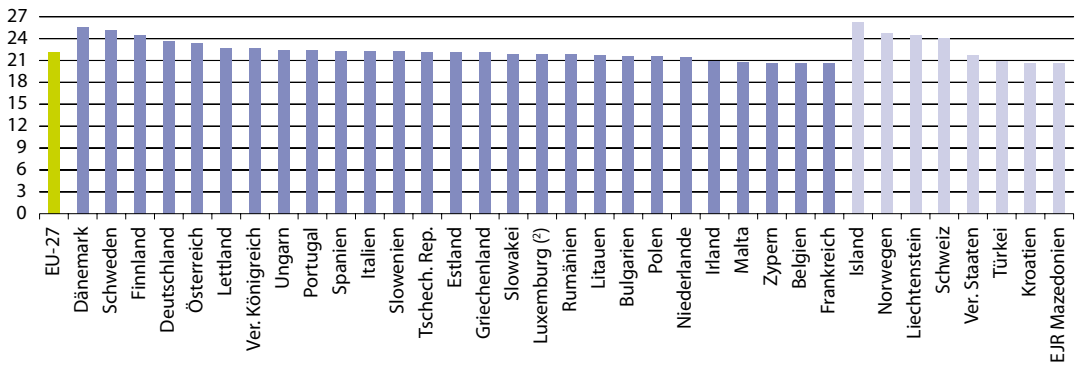

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

⁽²⁾ 2007.

Quelle: Eurostat (lfsa_pgaed)

Abbildung 4.7: Medianalter im Tertiärbereich, 2007 ⁽¹⁾

(in Jahren)

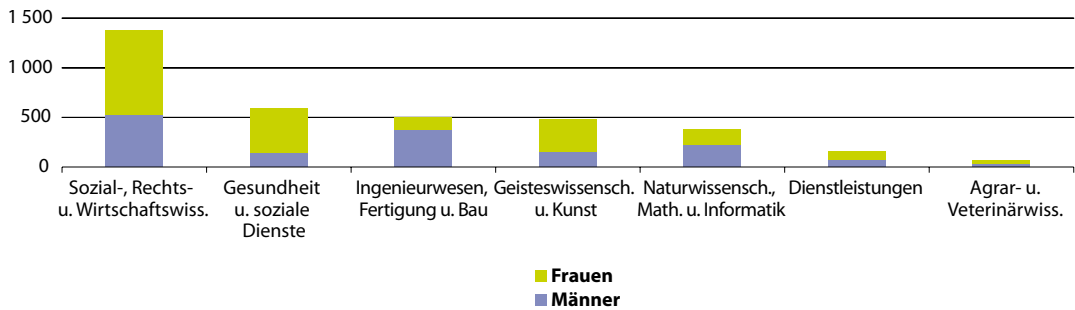

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

⁽²⁾ 2006.

Quelle: Eurostat (tps00061)



Abbildung 4.8: Hochschulabsolventen nach Studienfächern und Geschlecht, EU-27, 2007 ⁽¹⁾
(in Tsd.)



⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat ([educ_grad5](#))

Tabelle 4.7: Hochschulabsolventen nach Studienfächern, 2007 ⁽¹⁾

	Gesamtzahl der Studierenden an Hochschulen (in Tsd.)	davon in den Studienfächern (in %)							
		Geisteswissensch. u. Kunst	Lehrerbildung	Sozial-, Rechts- u. Wirtschaftswissensch.	Naturwissensch., Math. Informatik	Ingenieurwesen, Fertigung u. Bauwesen	Agrar- u. Veterinärwissensch.	Gesundheit u. soziale Dienste	Dienstleist.
EU-27	4 101	12,1	5,9	35,0	9,7	12,6	1,7	14,8	4,0
Belgien	104	11,7	10,8	29,5	7,3	10,4	2,7	18,0	2,0
Bulgarien	49	6,9	5,4	51,4	4,1	14,8	1,8	6,2	7,8
Tschech. Rep.	78	8,0	13,2	29,3	7,6	16,0	3,7	10,4	4,3
Dänemark	51	13,4	6,2	31,9	7,3	12,6	2,2	21,7	2,9
Deutschland	439	16,1	3,8	24,2	12,3	13,2	1,7	18,9	3,6
Estland	13	10,4	9,4	35,8	10,5	10,6	2,1	10,9	8,9
Irland	59	25,2	:	28,4	15,1	8,5	0,7	12,5	2,4
Griechenland	60	15,6	7,5	25,5	9,3	12,2	4,2	15,9	9,8
Spanien	279	8,7	11,0	27,0	9,4	16,8	1,8	14,5	7,6
Frankreich	623	10,9	0,8	40,9	11,1	15,6	1,5	14,0	4,1
Italien	402	15,4	5,8	32,7	6,7	13,9	1,8	15,1	2,5
Zypern	4	7,6	9,1	47,7	8,6	3,7	0,2	7,5	14,1
Lettland	27	6,2	10,8	55,7	4,7	7,1	0,8	5,8	6,0
Litauen	43	7,0	11,9	42,7	5,8	15,0	1,7	9,8	3,6
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	67	7,7	15,5	41,2	6,4	7,5	2,7	10,0	8,3
Malta	3	16,0	10,1	47,1	8,0	7,4	0,0	10,5	0,9
Niederlande	123	8,7	12,5	38,0	6,5	7,7	1,5	17,2	4,7
Österreich	36	8,9	11,5	30,5	12,1	19,8	2,2	9,7	3,1
Polen	533	8,6	4,7	43,0	8,1	8,7	1,7	8,2	5,4
Portugal	83	9,9	7,2	33,0	12,4	19,6	1,8	22,3	6,8
Rumänien	206	11,0	0,6	49,0	5,2	14,4	2,3	11,9	3,4
Slowenien	17	5,9	8,9	49,7	4,4	12,6	2,4	7,9	8,2
Slowakei	46	5,1	12,6	28,1	8,7	14,7	3,4	18,9	6,1
Finnland	43	14,7	4,8	22,7	8,8	19,9	2,1	19,3	5,5
Schweden	60	6,1	16,2	25,3	7,4	17,2	1,2	25,7	2,3
Ver. Königreich	651	15,9	6,9	30,3	13,2	8,4	0,9	18,3	0,8
Kroatien	22	8,1	6,9	37,7	7,0	11,7	3,1	9,5	15,6
EJR Mazedonien	9	11,3	20,9	31,8	6,5	10,5	3,8	10,7	4,4
Türkei	416	6,3	15,1	40,2	8,0	13,6	4,3	6,0	5,8
Island	4	10,8	20,1	38,7	6,9	6,0	0,8	12,8	1,1
Liechtenstein	0	2,7	0,0	65,8	0,0	31,5	0,0	0,0	0,0
Norwegen	35	9,8	10,5	27,5	7,5	7,4	1,1	24,5	4,1
Schweiz	76	7,0	9,3	37,9	8,5	13,2	2,1	14,1	6,4
Japan	1 062	15,1	0,9	26,9	3,0	17,8	2,2	12,9	9,5
Ver. Staaten	2 704	13,1	:	38,0	8,7	7,0	1,1	14,2	6,7

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ep.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/educ_esms.htm).

Quelle: Eurostat (educ_grad5)



4.5 Lebenslanges Lernen und berufliche Bildung

Einführung

Die Europäische Kommission hat ihre verschiedenen Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unter einem Dach vereint, dem Programm für lebenslanges Lernen. Dieses neue Programm ersetzt die vorangegangenen Programme für allgemeine und berufliche Bildung und E-Learning, die 2006 ausgelaufen sind.

Lebenslanges Lernen wird definiert als Lernen aus persönlichen, sozialen und beruflichen Gründen. Es kann in den unterschiedlichsten Umgebungen erfolgen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der formalen Bildungssysteme. Lebenslanges Lernen zu fördern bedeutet, mehr in Menschen und ihr Wissen zu investieren, den Erwerb von Basisqualifikationen (einschließlich digitaler Kompetenz) zu unterstützen und den Weg für innovative, flexiblere Formen des Lernens zu ebnen. Menschen jeden Alters soll ein gleichberechtigter und ungehinderter Zugang zu hochwertigen Lernangeboten und einer Vielzahl von Lernerfahrungen in ganz Europa ermöglicht werden.

In Artikel 150 EG-Vertrag wird die Bedeutung der beruflichen Bildung anerkannt: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: [...] Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung [...]; Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“⁽¹⁰⁾.

In ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“⁽¹¹⁾

stellt die Kommission in Absatz 1.1 fest: „Der Europäische Rat von Lissabon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells“. Das Lernen als solches ist nicht mehr nur im Bildungsbereich von Bedeutung, es wird auch in den Bereichen Beschäftigung und soziale Sicherheit, wirtschaftliche Leistung und Wettbewerbsfähigkeit als kritischer Faktor angesehen.

In zwei Leitlinien der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS)⁽¹²⁾ vom 22. Juli 2003 geht es darum, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu verbessern. In den Leitlinien werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässen entgegenzuwirken und umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln. Dabei wurde festgehalten, dass Investitionen in Humanressourcen insbesondere durch Erwachsenenbildung in den Unternehmen verbessert werden sollten. 2005 wurde die Lissabon-Strategie überarbeitet, und die Beschäftigungsleitlinien wurden zusammen mit makroökonomischen und mikroökonomischen Leitlinien veröffentlicht; diese integrierten Leitlinien wiederum wurden 2008 weiter überarbeitet.

Das Programm Leonardo da Vinci im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (VET) soll zu Projekten anregen, die dem Einzelnen Gelegenheit geben, durch Auslandsaufenthalte seine Kompe-

⁽¹⁰⁾ Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2 (ABl. C 352 vom 24.12.2002, S. 33); weitere Informationen unter: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf.

⁽¹¹⁾ „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, KOM(2001) 678 endg. vom 21. November 2001; weitere Informationen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF>.

⁽¹²⁾ Nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/index_de.htm.



tenzen, sein Wissen und seine Fähigkeiten zu verbessern, und die europaweite Zusammenarbeit zwischen Ausbildungseinrichtungen fördern.

Das Programm Grundtvig wurde 2000 auf den Weg gebracht und ist heute Teil des Programms für lebenslanges Lernen. Es zielt darauf ab, Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, ihr Wissen und ihre Kompetenzen auszubauen und sie geistig fit und potenziell beschäftigungsfähiger zu machen. Es erstreckt sich nicht nur auf Lernende in der Erwachsenenbildung, sondern auch auf Lehrkräfte, Ausbilder, Beschäftigte im Bildungswesen und Einrichtungen, die solche Leistungen anbieten.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Lebenslanges Lernen umfasst alle zielgerichteten Lerntätigkeiten, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen. Die Absicht oder das Ziel des Lernens ist der entscheidende Faktor, der diese Lerntätigkeiten von anderen Tätigkeiten wie etwa kulturellen oder sportlichen Aktivitäten unterscheidet. Die erhobenen Daten beziehen sich auf alle Fächer, unabhängig davon, ob diese für die gegenwärtige oder mögliche künftige Erwerbstätigkeit des Befragten von Belang sind.

Bei der Statistik über lebenslanges Lernen entspricht formale Bildung der allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des regulären Systems der Schulen, Universitäten und anderen Hochschulen. Zu nicht-formalen Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen gehören alle Lernaktivitäten, die nicht Teil eines formalen

Bildungsprogramms sind. In der hier dargestellten Statistik nicht enthalten ist somit das informelle, also das selbstgesteuerte Lernen (Selbststudium mit Hilfe von Druckerzeugnissen, computergestütztes Lernen, internetgestütztes Online-Lernen, Besuch von Bibliotheken usw.).

Zielpopulation der Statistik über lebenslanges Lernen sind alle in privaten Haushalten lebenden Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren. Die Daten werden über die EU-Arbeitskräfteerhebung eingeholt. Der in diesem Teilkapitel verwendete Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe ohne diejenigen Personen, die die Frage nach der Teilnahme an Aus- und Weiterbildung nicht beantwortet haben.

Zusätzliche Informationen liefern zwei weitere Erhebungen:

- die dritte europäische Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (CVTS3), die in den Mitgliedstaaten und Norwegen mit dem Jahr 2005 als Bezugsjahr durchgeführt wurde, und
- eine Erhebung über Erwachsenenbildung (AES), die zwischen 2005 und 2008 von der EU, den EFTA-Staaten und Kandidatenländern durchgeführt wurde.

Bei der betrieblichen Weiterbildung (CVT) geht es um die Beschäftigten in Unternehmen. Folgende Kriterien müssen erfüllt sein: Die Weiterbildungsmaßnahme muss im Voraus geplant werden, sie muss mit dem speziellen Ziel des Lernens organisiert oder unterstützt werden, und sie muss zumindest teilweise vom Unternehmen finanziert werden.



Die **Erhebung über Erwachsenenbildung** (AES) fließt in die EU-Statistiken über lebenslanges Lernen ein. Zwischen 2005 und 2008 wurden als Pilotmaßnahme Erhebungen mit einem Standardfragebogen durchgeführt; erfasst wurden die Bildungsbeteiligung, lebenslanges Lernen (formales, nicht-formales oder informelles Lernen) einschließlich berufsbezogener Aktivitäten. Mit der Erhebung wurden auch Merkmale von Lernaktivitäten erfasst, ferner von den Befragten angegebene eigene Fertigkeiten sowie Module über Beteiligung an sozialen und kulturellen Aktivitäten. Zum Lernen gehören Aktivitäten, die auf die Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen Einzelner ausgerichtet sind. Beabsichtigtes Lernen (im Gegensatz zu zufälligem Lernen) wird definiert als geplantes Streben nach Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen oder Haltungen von bleibendem Wert. Organisiertes Lernen wird definiert als Lernen, das als Struktur oder Sequenz mit expliziten oder impliziten Zielen geplant ist.

Formale Bildung wird definiert als Bildung innerhalb des Systems von Schulen, Universitäten und anderen Einrichtungen der formalen Bildung, das in der Regel eine durchgehende Bildungslaufbahn für Kinder und Jugendliche (bis zum Alter von 20 oder 25 Jahren) darstellt. **Nicht-formale Bildung** wird definiert als alle organisierten und nachhaltigen Bildungsaktivitäten, die der obigen Definition von formaler Bildung nicht genau entsprechen. Nicht-formale Bildung kann daher sowohl innerhalb als auch außerhalb von Bildungseinrichtungen stattfinden und Personen aller Altersgruppen ansprechen. Dies können Bildungsgänge sein, die Er-

wachsenen Grundqualifikationen und Kindern, die nicht die Schule besuchen, eine Grundbildung oder alltagspraktisches Wissen, Arbeitsqualifikationen und Allgemeinbildung vermitteln.

Wichtigste Ergebnisse

Der Anteil der Personen von 25 bis 64 Jahren, die in den vier Wochen vor der Arbeitskräfteerhebung an irgendeiner Maßnahme des lebenslangen Lernens teilgenommen hatten, belief sich 2008 in der EU-27 auf 9,6 %. Dieser Wert war nur 1,1 Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil 2003. Der Anteil der Bevölkerung, der an Aktivitäten des lebenslangen Lernens teilgenommen hatte, war bei den Frauen höher (2008: 10,4 %) als bei den Männern (8,7 %). Dänemark, Schweden und – in geringerem Maß – Finnland und das Vereinigte Königreich stachen dadurch hervor, dass ein erheblich größerer Anteil der Bevölkerung (zwischen einem Fünftel und einem Drittel) an Aktivitäten des lebenslangen Lernens teilgenommen hatte, während Bulgarien und Rumänien eine Beteiligungsquote von weniger als 2 % meldeten.

Den Ergebnissen der ersten Erhebung über Erwachsenenbildung zufolge nahmen 2007 mehr als ein Drittel der Bevölkerung der EU-27 (27- bis 64-Jährige) während der letzten 12 Monate an formalen oder nicht-formalen Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten teil. Eine große Mehrheit nahm an nicht-formalen Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten teil, und diese waren meistens berufsbezogen. Tatsächlich gaben die Auskunftspersonen als Hauptgrund für ihre Teilnahme an nicht-formalen Bildungs- und Ausbildungsgängen an, dass sie ihre Arbeit besser erledigen/ihre



Karrieremöglichkeiten verbessern wollten (64 % der Teilnehmer); ebenfalls häufig genannt wurden der Erwerb von Wissen oder Fähigkeiten im Zusammenhang mit interessanten Fachgebieten (51 %) und der Erwerb von Fähigkeiten/Wissen für das tägliche Leben (30 %).

Fast zwei Drittel der Bevölkerung nahmen 2007 nicht an formalen oder nicht-formalen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teil. Die drei Hinderungsgründe, die am häufigsten von Personen, die eigentlich an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen teilnehmen wollten, genannt wurden, sind familiäre Verpflichtungen (40,2 % der Nichtteilnehmer), Unvereinbarkeit mit der Arbeitszeit (38,7 %) und Kosten (31,2 %).

Arbeitgeber waren die häufigsten Anbieter von nicht-formalen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, auf sie entfielen fast zwei Fünftel dieser Maßnahmen. In Bulgarien wurden mehr als zwei Drittel der nicht-formalen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitgebern angeboten, im Vereinigten Königreich war es die Hälfte. Unter den Einrichtungen, die in der EU-27 insgesamt seltener Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, sind vor allem die Arbeitgeberverbände und die Handelskammern in Ungarn (32,8 %) und Slowenien (20,8 %), nicht-kommerzielle Einrichtungen (wie Bibliotheken) in Finnland (29,5 %) und Zypern (15,5 %) sowie Gewerkschaften in Ungarn (13,1 %) hervorzuheben.

Was die berufliche Weiterbildung angeht, so reichte der Anteil der Unternehmen, die ihren Beschäftigten 2005 Weiterbildungsmaßnahmen anboten, von 21 % in Griechenland bis hin zu 90 % im Vereinigten Königreich; der EU-Durchschnitt lag bei 60 %.

Durch Verknüpfung der Angaben über die Anteile der weiterbildenden Unternehmen und die Intensität der Teilnahme an der betrieblichen Weiterbildung (letztere gemessen an der durchschnittlichen Zahl der Weiterbildungsstunden pro Arbeitnehmer) konnte zwischen mehreren Gruppen von Ländern unterschieden werden. Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Luxemburg, Österreich, Schweden und die Tschechische Republik wiesen hohe Anteile weiterbildender Unternehmen und eine hohe Intensität der CVT-Teilnahme auf. Belgien, Frankreich, Irland, die Niederlande, Slowenien, die Slowakei und das Vereinigte Königreich verzeichneten hohe Anteile weiterbildender Unternehmen und eine relativ niedrige Intensität der CVT-Teilnahme. In Griechenland, Italien, Lettland, Malta, Polen, Portugal und Spanien waren die Anteile weiterbildender Unternehmen niedrig und die Intensität der CVT-Teilnahme relativ hoch. Bei den übrigen Mitgliedstaaten waren relativ niedrige Anteile weiterbildender Unternehmen und eine geringe Intensität der CVT-Teilnahme zu verzeichnen.

**Tabelle 4.8:** Lebenslanges Lernen ⁽¹⁾

(in % der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
EU-27	8,5	9,6	7,9	8,7	9,1	10,4
Euroraum (ER) ⁽²⁾	6,5	8,5	6,4	8,1	6,6	8,8
Belgien	7,0	6,8	7,0	6,4	6,9	7,2
Bulgarien	1,3	1,4	1,1	1,3	1,4	1,5
Tschech. Rep.	5,1	7,8	4,8	7,7	5,4	7,9
Dänemark	24,2	30,2	21,0	25,0	27,4	35,5
Deutschland	6,0	7,9	6,4	8,0	5,6	7,8
Estland	6,7	9,8	5,0	6,6	8,2	12,6
Irland	5,9	10,2	5,1	8,7	6,8	11,7
Griechenland	2,6	2,9	2,6	2,8	2,7	3,1
Spanien	4,7	10,4	4,3	9,5	5,1	11,3
Frankreich	7,1	7,2	7,0	6,9	7,2	7,5
Italien	4,5	6,3	4,2	6,1	4,8	6,6
Zypern	7,9	8,5	7,1	8,1	8,5	8,9
Lettland	7,8	6,8	5,4	4,3	10,0	9,0
Litauen	3,8	4,9	2,8	3,7	4,7	6,1
Luxemburg	6,5	8,5	6,8	7,6	6,1	9,5
Ungarn	4,5	3,1	4,0	2,7	4,9	3,5
Malta	4,2	6,2	4,7	6,1	3,6	6,2
Niederlande	16,4	17,0	16,1	16,8	16,8	17,2
Österreich	8,6	13,2	8,6	12,2	8,6	14,2
Polen	4,4	4,7	3,9	4,2	4,9	5,2
Portugal	3,2	5,3	3,0	5,0	3,4	5,6
Rumänien	1,1	1,5	1,1	1,3	1,2	1,6
Slowenien	13,3	13,9	12,0	12,5	14,7	15,4
Slowakei	3,7	3,3	3,5	2,6	3,9	4,0
Finnland	22,4	23,1	18,6	19,3	26,2	26,9
Schweden ⁽³⁾	31,8	32,4	28,4	25,8	35,4	39,3
Ver. Königreich ⁽⁴⁾	27,2	19,9	23,4	16,6	31,1	23,2
Kroatien	1,8	2,2	1,8	2,1	1,9	2,3
Türkei	1,2	1,8	1,7	2,1	0,7	1,6
Island	29,5	25,1	25,0	20,1	34,1	30,5
Norwegen	17,1	19,3	16,2	18,2	18,0	20,5
Schweiz ⁽³⁾	24,7	26,8	25,3	26,2	24,0	27,5

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/lfsi_edu_a_esms.htm).⁽²⁾ ER-15 anstatt ER-16.⁽³⁾ Daten für 2007 statt 2008.⁽⁴⁾ 2007: Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Eurostat (tsiem080)



Tabelle 4.9: Gründe für die Teilnahme an nicht-formalen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, 2007 ⁽¹⁾ (in %)

	Um die Kenntnisse zu interessanten Themen zu verbessern	Um Kenntnisse zu erwerben, die im täglichen Leben nützlich sind	Die Möglichkeit verbessern, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder zu wechseln	Zur Teilnahme verpflichtet	Die Wahrscheinlichkeit erhöhen, seinen Arbeitsplatz zu behalten	Um seine Arbeitsleistung oder Karriereaussichten zu verbessern	Um neue Personen zu treffen oder zum eigenen Vergnügen	Um eine Qualifikation zu erhalten	Um sich selbständig zu machen	Andere/ Keine Antwort
EU	51,0	30,0	17,0	22,0	13,0	64,0	15,0	16,0	4,0	5,0
Belgien	38,7	29,8	9,2	24,1	3,3	64,4	11,8	8,1	2,6	1,9
Bulgarien	38,5	40,0	20,8	22,1	22,0	77,3	9,2	34,3	1,8	1,2
Tschech. Rep.	46,2	33,7	16,8	7,4	13,3	54,6	10,4	20,8	4,5	0,5
Dänemark	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	45,9	14,3	15,6	25,0	20,0	68,0	10,5	11,6	3,8	5,4
Estland	21,1	17,6	5,8	24,9	15,1	80,2	2,4	8,8	1,6	5,5
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	76,7	52,4	25,5	18,1	16,0	74,8	20,6	48,6	7,9	4,3
Spanien	66,6	50,8	28,4	11,8	12,7	68,4	11,8	25,0	4,8	5,0
Frankreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	43,9	20,9	10,9	13,8	2,5	47,6	13,3	13,5	2,6	3,9
Zypern	64,3	38,2	8,7	16,9	2,1	53,6	14,7	13,3	1,6	4,4
Lettland	43,8	58,6	17,8	33,7	27,7	74,7	24,3	37,8	4,4	1,8
Litauen	50,6	42,3	17,5	26,2	31,3	77,5	11,8	41,4	3,4	3,2
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	56,0	52,0	33,3	51,4	38,3	67,8	13,2	35,2	7,5	1,3
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	42,4	40,2	12,8	35,9	6,6	66,4	19,2	23,7	4,2	10,1
Österreich	57,4	57,1	16,2	23,7	10,5	67,1	20,9	10,7	4,6	5,1
Polen	7,6	7,2	7,2	5,2	6,6	67,1	0,5	7,2	1,5	2,8
Portugal	80,5	81,6	31,8	12,2	16,0	69,9	23,7	47,4	6,6	6,2
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	12,5	21,2	1,7	13,1	1,0	54,4	1,8	2,3	0,3	2,5
Slowakei	34,6	30,2	23,1	66,1	26,6	63,1	8,8	19,2	4,6	1,8
Finnland	62,1	41,1	16,1	35,3	14,3	69,1	30,0	13,5	3,7	9,4
Schweden	59,3	41,8	6,5	36,4	8,0	61,8	20,8	8,9	1,5	5,5
Ver. Königreich	82,0	44,8	18,1	57,7	2,8	55,0	9,7	33,9	9,3	86,1
Kroatien	44,7	35,2	16,9	31,1	17,2	76,9	8,2	15,0	4,8	1,4
Norwegen	67,9	33,2	9,6	43,1	12,7	71,8	16,0	18,3	1,5	7,2

⁽¹⁾ Mehrere Antworten möglich; Dänemark, Irland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg, Malta, Rumänien und Vereinigtes Königreich im EU-Durchschnitt nicht enthalten; Bulgarien, die Tschechische Republik, Griechenland, Spanien, Zypern, Portugal, Finnland und das Vereinigte Königreich befragten keine Teilnehmer von betrieblicher Weiterbildung am Arbeitsplatz; siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/trng_aes_esms.htm).

Quelle: Eurostat (trng_aes_142)



Tabelle 4.10: Hinderungsgründe gegen die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, 2007 ⁽¹⁾ (in%)

	Gesundheit oder Alter	Keine Bildungsangebote in angemessener Entfernung	Keine Zeit aufgrund familiärer Verpflichtungen	Vorausgesetzte Qualifikationen fehlen	Bildungsmaßnahme zu teuer oder die Mittel dafür fehlen	Die Rückkehr in eine Schulsituation war nicht erwünscht	Mangelnde Unterstützung durch Arbeitgeber	Bildungsmaßnahme nicht mit Arbeitszeiten vereinbar	Andere/Keine Antwort
EU	14,8	20,8	40,2	15,6	31,2	14,9	18,4	38,7	26,8
Belgien	21,8	13,1	38,4	9,5	17,9	4,8	14,7	33,1	10,6
Bulgarien	11,5	29,7	28,8	16,3	56,7	6,2	11,6	24,1	7,7
Tschech. Rep.	11,9	16,1	38,5	7,8	19,7	2,1	22,5	36,8	3,6
Dänemark	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	12,1	24,9	33,9	24,1	43,7	11,1	32,8	36,9	13,3
Estland	18,2	34,5	38,8	2,9	53,1	8,5	8,8	32,6	42,6
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	10,5	19,1	48,3	7,5	33,4	9,7	9,7	43,0	19,0
Spanien	5,8	8,5	41,2	7,5	13,4	2,7	4,7	32,5	27,7
Frankreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	19,7	16,8	49,5	19,2	26,2	16,6	15,2	44,1	12,4
Zypern	9,3	12,0	67,9	5,2	16,2	4,8	5,2	42,1	12,3
Lettland	11,9	24,1	40,1	11,2	50,8	11,9	29,7	36,8	11,4
Litauen	13,2	19,6	34,3	3,2	45,6	4,9	16,2	48,4	13,5
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	12,5	32,4	37,5	13,9	42,3	18,9	39,9	53,2	15,0
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	23,8	13,0	29,9	4,2	25,1	13,5	20,1	17,6	22,8
Österreich	6,3	22,4	42,3	7,1	34,6	2,8	16,1	39,5	15,8
Polen	9,1	31,0	29,2	9,2	61,3	17,5	20,4	31,4	11,5
Portugal	6,8	34,2	34,5	11,8	22,7	4,1	20,0	26,5	18,9
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	15,5	30,2	37,7	7,6	48,5	7,3	22,3	55,5	8,8
Slowakei	10,8	30,9	35,5	56,5	39,3	3,0	25,2	40,7	3,7
Finnland	17,1	25,6	31,0	11,6	22,2	7,2	24,0	43,7	21,4
Schweden	23,7	22,0	23,0	5,8	32,5	6,9	19,1	32,4	20,5
Ver. Königreich	17,0	25,9	42,5	20,8	33,8	24,1	22,6	43,9	56,5
Kroatien	11,0	26,7	48,7	14,9	53,8	4,2	17,1	28,8	8,6
Norwegen	19,5	13,6	25,8	4,3	17,6	9,2	21,1	32,2	15,7

⁽¹⁾ Mehrere Antworten möglich; Dänemark, Irland, Frankreich, Luxemburg, Malta und Rumänien nicht im EU-Durchschnitt enthalten; siehe Metadaten-Datei im Internet metadata file (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/trng_aes_esms.htm).

Quelle: Eurostat (trng_aes_176)



Tabelle 4.11: Nicht- formale Aus- und Weiterbildungsaktivitäten nach Anbietern, 2007 ⁽¹⁾
(in %)

	Arbeitgeber	Institutionen für nicht-formale Aus- und Weiterbildung	Institutionen für formale Bildung	Kommerzielle Institutionen, deren Hauptaktivitäten nicht Bildung und Weiterbildung sind	Industrie- und Handelskammern	Nicht-kommerzielle Institutionen, deren Hauptaktivitäten nicht berufliche Bildung und Weiterbildung sind	Gemeinnützige Vereine	Privatpersonen	Gewerkschaften	Andere/Keine Antwort
EU	38,4	16,4	10,3	8,9	5,0	4,5	4,3	4,3	1,4	4,0
Belgien	41,7	7,3	15,2	8,9	2,8	7,1	7,4	5,6	0,7	0,6
Bulgarien	68,8	14,1	3,1	3,1	3,0	5,8	0,7	1,1	0,2	0,2
Tschech. Rep.	42,9	27,9	10,7	7,6	1,8	2,1	1,5	3,2	0,6	1,1
Dänemark	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	42,4	14,7	4,8	13,8	4,8	6,2	5,3	5,8	1,1	0,5
Estland	29,2	34,4	10,0	9,4	1,2	3,9	2,1	2,5	5,5	1,7
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	36,0	12,1	14,6	13,6	3,3	5,2	3,2	1,4	2,3	4,8
Spanien	19,9	26,2	9,7	5,0	6,7	4,5	5,4	2,9	4,2	11,5
Frankreich	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	27,6	8,5	12,9	8,0	12,9	2,2	4,4	6,3	1,3	11,3
Zypern	27,1	19,3	5,4	10,1	1,3	15,5	7,1	12,9	0,9	0,3
Lettland	42,6	21,3	13,4	6,8	2,7	1,6	2,2	2,1	0,2	5,2
Litauen	14,5	28,7	20,8	15,0	9,2	:	1,4	8,7	0,4	:
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	0,6	32,0	7,0	3,5	32,8	6,2	0,1	1,9	13,1	2,7
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	38,6	:	38,2	:	:	:	4,7	2,1	1,9	11,8
Österreich	27,7	21,8	6,7	12,4	4,6	1,4	4,9	4,5	0,3	14,2
Polen	20,8	49,9	13,1	6,1	1,7	:	2,2	3,8	0,2	2,1
Portugal	40,7	20,9	9,1	8,4	2,3	4,5	5,5	1,4	1,4	5,8
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	11,8	44,6	8,7	8,0	20,8	:	3,9	1,9	0,3	:
Slowakei	40,0	28,2	17,0	7,5	2,8	:	0,7	1,8	0,1	1,1
Finnland	36,0	10,1	8,8	1,1	6,7	29,5	0,8	3,0	3,0	:
Schweden	45,5	14,6	4,2	17,1	3,9	3,4	5,6	2,5	2,0	0,5
Ver. Königreich	50,2	8,2	11,1	:	7,0	1,8	1,9	4,3	0,1	5,4
Kroatien	22,0	24,2	15,6	12,8	5,0	1,6	3,3	0,8	0,4	7,7

⁽¹⁾ Dänemark, Irland, Frankreich, Luxemburg, Malta und Rumänien nicht im EU-Durchschnitt enthalten. siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/trng_aes_esms.htm).

Quelle: Eurostat (trng_aes_170)


Tabelle 4.12: Berufliche Weiterbildung, 2005 ⁽¹⁾

	Weiterbildende Unternehmen (in % aller Unternehmen)	Kosten für Weiterbildungskurse (in % der gesamten Arbeitskosten)	Durchschnittliche für Weiterbildungskurse aufgewendete Zeit je Arbeitnehmer (in Stunden)	Unternehmen, bei denen Weiterbildungspläne von staatlichen Maßnahmen beeinflusst sind (in % aller weiterbildenden Unternehmen) ⁽²⁾
EU-27	60	2	9	36
Belgien	63	2	12	60
Bulgarien	29	1	4	32
Tschech. Rep.	72	2	14	21
Dänemark	85	3	10	33
Deutschland	69	1	9	18
Estland	67	2	7	20
Irland	67	2	12	:
Griechenland	21	1	3	59
Spanien	47	1	9	38
Frankreich	74	2	13	56
Italien	32	1	7	38
Zypern	51	1	7	72
Lettland	36	1	4	24
Litauen	46	1	5	15
Luxemburg	72	2	16	22
Ungarn	49	2	6	24
Malta	46	2	11	32
Niederlande	75	2	12	52
Österreich	81	1	9	43
Polen	35	1	6	25
Portugal	44	1	7	54
Rumänien	40	1	5	8
Slowenien	73	2	14	30
Slowakei	60	2	12	21
Finnland	77	2	10	25
Schweden	78	2	15	37
Ver. Königreich	90	1	7	45
Norwegen	86	1	9	5

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/en/trng_cvts3_esms.htm).

⁽²⁾ EU-27 berechnet auf der Grundlage der verfügbaren Länderdaten (d. h. ohne Irland).

Quelle: Eurostat ([trng_cvts3_01](#), [trng_cvts3_53](#), [trng_cvts3_71](#) und [trng_cvts3_29](#))